MFA
Mikrofilmarchiv
der deutschsprachigen Presse e.V.

Westfälische Tageszeitung

Der Westfale

Hauptgeschäftsstelle, Schriftleitung und Druckerei: Bispinghof 12a. Fernruf 105 und 1426. Drahtanschrift: Tageszeitung, Münsterwest. Berliner Schriftleitung: Berlin S. W. 61, Blücherstraße 7 II, Fernruf: Moritzplatz 4147.

Westfälische Handelszeitung. Einzelnummer 25 Pf.

Monats-Bezugspreis: Durch Boten frei in Haus gebracht oder durch die Post Mk. 5.—. — **Anzeigenpreis:** Ein Millimeter Höhe einspaltig im örtlichen Verkehr 40 Pfg., Bank-, behördliche und auswärtige Anzeigen 50 Pfg., Reklamen 250 Pfg. — Bei Platzvorschrift 10 Prozent Aufschlag. — Bei Konkursen oder gerichtlicher Eintreibung fällt Rabatt fort. — Erfüllungsort Münster i. W.

Nr. 74 | **Münster i. W. Mittwoch, den 16. März** | **Jahrgang 1921**

Zahlen-Wahnsinn

Was die Großen und die Kleinen fordern!

Berlin, 15. März. (Eig. Drahtber.)

Die Reichsregierung hat soeben eine Uebersicht der Schädenanmeldungen der Feindbundstaaten, wie sie uns die Reparationsanmeldungen mitteilt, herausgegeben. Darnach melden an:

Frankreich 218 542 000 000 Franken
England 2 541 502 000 Pfund
dazu an Familienunterstützungen 759 800 000 Franken
Kanada 2 006 000 kanadische Dollars
Australien 466 000 Pfund
Neuseeland 7000 Pfund
Südafrika 256 000 Pfund
Italien 33 087 000 000 Lire (128 490 000 000 Pfund oder 379 260 000 000 Franken)
Japan 822 800 000 000 Yen
Belgien 36 630 000 000 Franken
Bolivien 200 000 Bolivianos
Brasilien 2 015 000 englische Pfund und 598 000 Franken als Nachtragsrechnung
Kuba 801 000 Dollar
Griechenland 5 070 239 000 Franken
Haiti 612 000 Franken
Liberia 3 977 000 Dollar
Peru 107 000 Franken (56 000 Pfund)
Polen 9 818 831 000 Franken (438 504 000 Goldrubel oder 50 000 000 Deutsche Mark).
Portugal 1 944 261 Centavos
Rumänien 31 099 401 000 Franken
Serbisch-kroatisch-slowenischer Staat 1 972 500 000 Frs.
Siam 119 515 Tic
Tschecho-Slowakei Kriegsschäden 6 994 200 000 Franken durch den Einfall ungarischer Bolschewisten 618 200 000 Franken, also zusammen 7 612 400 000 Franken.

Die angemeldeten Schäden umfassen insgesamt 180 Milliarden Goldmark.

Vor neuen Erpressungen?

tu. **Berlin,** 15. März.

Auf den Antrag Bottomleys, nach Berlin zu marschieren, um Deutschland zur Anerkennung der Pariser Beschlüsse zu zwingen, erwidert Lloyd George in einer längeren Rede, indem er den politischen Gegner scharf abwehrte und fragte, ob Bottomley sich wohl überlegt habe, wieviel Soldaten dazu gehörten, um die Verbindungslinien zu decken und wie lange die Soldaten in Berlin bleiben sollten. Außerdem habe Bottomley wohl die Kosten des Unternehmens nicht beachtet, denn daß die englischen Soldaten sich mit einer Bezahlung in Papiergeld nicht begnügen würden, sei klar. Die deutsche Reparation könnte nur in Arbeit oder Warenleistungen bezahlt werden. Eine andere Möglichkeit könne er sich als Ministerpräsident nicht denken.

Berlin, 15. März. (Eig. Drahtber.)

Das Auswärtige Amt teilte heute vor Vertretern der Presse mit, daß seiner Ansicht nach alle Gerüchte und Befürchtungen, die Entente könnte weitere deutsche Gebiete besetzen, vor allem Frankfurt oder andere süddeutsche Städte, eben leere Gerüchte seien. Das Auswärtige Amt glaubt mit der deutschen Regierung, daß die Entente von weiterer Besetzung deutschen Gebietes Abstand nehmen wird.

Ernüchterung?

London, 15. März. (Eig. Drahtb.)

Die „Times" sind das erste englische Blatt, das sich im Rheinland an Ort und Stelle selbst überzeugt hat, ob die alliierten Sanktionen nun tatsächlich etwas einbringen werden. Der Korrespondent meldet aus Köln, die alliierten Sachverständigen am Rhein befinden sich in großen Schwierigkeiten, weil sie nicht wissen, wie man die Londoner Beschlüsse in die Praxis umsetzen soll. Diese Beschlüsse seien so plötzlich gefaßt worden, ohne daß auf die tatsächlichen Verhältnisse Rücksicht genommen wurde, und die englische Zivilverwaltung am Rhein sich keinen Rat wisse, was sie nun beginnen solle In der französischen und amerikanischen Zone im Süden mögen sich solche Beschlüsse vielleicht durchführen lassen, aber in der englischen Zone sei dies unmöglich. Diese Zone durchschneide eines der dicht bevölkertsten Industriegebiete Deutschlands Eine Zollgrenze mitten durch dieses Gebiet könnte nur künstlich sein und ohne Wirkung. Die Stahlwarenindustrie in Solingen, die Tuchindustrie in Krefeld, und die Eisenbahnmaterialfabriken in Köln, bezögen nach Mitteilung der alliierten Sachverständigen selbst 80 Prozent ihres Rohmaterials aus dem unbesetzten Deutschland und lieferten auch wieder den größten Teil ihrer Fertigwaren nach dem unbesetzten Deutschland zurück. Hier würde also schon eine doppelte Verzollung eintreten, die dazu führen würde, daß jeder Handelsverkehr mit dem Rheinlande aufhöre. Die Sachverständigen der Alliierten im Rheinland sehen deshalb in der künstlichen Zollgrenze keine Lösung. Um daraus die Entschädigungen zu erhalten, seien die Tarife zu niedrig. So gewinne Frankreich nicht, England erfahre jedoch eine Schädigung seiner Handelsinteressen. Hohe Tarife würden eine völlige Blockade des Rheinlands darstellen und gar nichts einbringen. Ferner kommt noch die weitere Haltung der Berliner Regierung hinzu. Würde diese in Zukunft noch die Gehälter der Zollbeamten im Rheinland bezahlen, oder müßte dies die alliierte Rheinlandkommission tun? Wenn man bedenke, daß im letzten Monat die Zolleinnahme an der Westgrenze nur 15 Millionen Mark einbrachte, oder 62 000 Pfund Sterling, was im Jahre 75 000 Pfund Sterling ausmacht, dann könne man das Resultat dieser Sanktionen beurteilen. Und wohin sollen diese Experimente führen? fragen die „Times" zum Schluß.

* **Berlin,** 14. März.

Im preußischen Landtag haben die Abgeordneten Bergmann und Genossen folgende Anfrage eingebracht: „Infolge der wirtschaftlichen Abschnürung durch Errichtung einer Zollgrenze am Rhein werden Industrie, Handel und Gewerbe im besetzten Gebiete, die für ihre Rohstoffversorgung und Absatzmöglichkeit fast ausschließlich auf das unbesetzte Deutschland angewiesen sind, in ihrer Existenz bedroht. Insbesondere ist durch Lahmlegung verschiedener industrieller Betriebe eine große Arbeitslosigkeit zu befürchten. Hat sich die Staatsregierung mit diesen unvermeidlichen Folgen der Sanktionen beschäftigt und ist sie bereit, 1. auf die Reichsregierung einzuwirken, damit von Rechtswegen alle Vorkehrungsmaßnahmen getroffen werden? 2. Welche Maßnahmen gedenkt die Staatsregierung selbst zu ergreifen, um die katastrophalen Folgen der wirtschaftlichen Abschnürung der preußischen Gebietsteile am Rhein nach Möglichkeit zu mildern?"

er. **Frankfurt,** 14. März. (Eig. Drahtber.)

Die französische Zollgrenze wird direkt vor den Toren Frankfurts errichtet und wird vom 15. März ab in Funktion treten; wenigstens haben die französischen Offiziere dies in Aussicht gestellt. Sowohl an der westlichen wie an der südlichen Peripherie sind Stationen errichtet, denen neben militärischen auch Zivilpersonen zugeteilt werden.

Der Pariser Korrespondent des „Nieuwe Rotterdamschen Courant" spannt sich gern in den Dienst seines Gastlandes, indem er sich für die holländische Oeffentlichkeit zum Sprachrohr der französischen Hetze macht. So führt er die notwendige Enttäuschung nach dem herrlichen „Siege" über Düsseldorf und Duisburg und nach der Abschnürung der Rheinlande auf eine deutsche Sabotage des Wirtschaftslebens der Provinz zurück. Er schreibt u. a.: Die öffentliche Meinung in Frankreich fängt an, die Möglichkeit einzusehen, daß Frankreich mit der Ausdehnung des besetzten Gebietes sich in das eigene Fleisch schneidet. Aus verschiedenen Quellen kommen Nachrichten, daß Großindustrielle im Rheinland ihre Fabriken schließen wollen, um den Alliierten die Sorge für die Arbeitslosen aufzubürden und, wenn möglich, eine spartakistische Bewegung hervorzurufen, alles unter dem Vorwand, daß sie infolge der neuen Zollbestimmungen ihren Abnehmern die Bestellungen annullieren mußten. Gleichzeitig sollen die Industriellen mitgeteilt haben, daß die Errichtung einer Zollgrenze sie zwinge, 80 Prozent der Aufträge von Amerika zu annullieren, und daß die Erhöhung des Zinsfußes bei den Banken von 8 auf 12 Prozent alle Kredite unmöglich mache. Die Arbeitgeber wollen die Arbeitszeit auf 5 Stunden einschränken und 300 000 Arbeiter entlassen.

Es bedarf keines Hinweises darauf, daß die Behauptung von willkürlichen Aussperrungen und Stillegungen von Betrieben zum Zwecke der „spartakistischen" Aufreizung und dgl. blühendster Unsinn ist, dazu bestimmt, den erwarteten Fehlschlag der wirtschaftlichen Gewaltanwendung den Anbetern der „Sanktionen" als eine Niederträchtigkeit der „Stinnes-Genossen" darzustellen.

Die "Sanktionen" im Unterhause

London, 14. März.

Im Unterhause fragte Hogge, ob alle alliierten und assoziierten Regierungen sich dahin einverstanden erklärt hätten, von allen Zahlungen, die Untertanen dieser Länder an Deutschland leisteten, 50 Prozent einzuziehen, die der alliierten Regierungen ihre Zustimmung verweigert oder noch nicht gegeben hätten und in welchen Ländern ein Gesetz eingebracht worden sei, um diese Uebereinkunft zu verwirklichen. Lloyd George erwiderte, daß ein Telegramm an die alliierten und assoziierten Mächte gesandt worden sei, die berechtigt seien an den deutschen Reparationen Anteil zu nehmen, jedoch auf der letzten Londoner Konferenz nicht vertreten waren. In diesem Telegramm sei angefragt worden, ob sie bereit seien, eine Gesetzgebung einzuführen, die der Bill, die gegenwärtig im Unterhause vorliege, ähnlich sei. Dieses Telegramm sei am Samstag nachmittag abgesandt worden und bisher sei darauf noch keine Antwort eingegangen.

Hogge fragte darauf, ob die Mächte, die auf der Londoner Konferenz waren, zugestimmt hätten. Lloyd George erwiderte: „Aber sicherlich war es ein übereinstimmender Beschluß der Mächte!" Hogge fragte, welche andere Mächte als Frankreich sind durch die Konferenz verpflichtet und welche andere Mächte sind durch Telegramme befragt worden. Lloyd George erwiderte: „Durch die Konferenz ist überhaupt keine Macht verpflichtet. Sie ist nur verpflichtet durch die Einbringung der Bill (it is only committed by the introduction of the bill). Die Mehrheit habe jedoch die Deutschland gemachten Vorschläge gutgeheißen." Hogge fragte hierauf: Soll dies besagen, daß bisher die einzige Macht, die durch Gesetzgebung verpflichtet ist und die Schritte unternommen hat, Großbritannien ist?" Lloyd George erklärte: „Nein, die französische Regierung hat, soviel ich weiß, bereits Schritte getan. Graf Sforza ist erst gestern abend abgereist; er ist noch nicht in Rom und konnte daher noch keine Schritte unternehmen." Auf die Frage, ob Belgien und Japan daran teilnehmen, erwiderte Lloyd George, Belgien, Japan, Frankreich und Italien und wir waren auf der Konferenz vertreten. Das Ultimatum, das an Deutschland gestellt wurde, und das diesen Vorschlag umfaßte, war von allen fünf Mächten angenommen worden.

Chamberlain brachte die deutsche Reparationsbill heute in zweiter Lesung ein. Er erklärte, daß das Gesetz weitgehende Vollmachten enthalten müsse. Wenn die Deutschen sich nicht bereit erklären würden, mit den Alliierten in der Wiederherstellungsfrage zusammenzuarbeiten oder nicht annehmbare Vorschläge unterbreiteten, würden die Alliierten imstande sein, eine wirtschaftliche Blockade von einer solchen Schwere durchzuführen, die die deutsche Regierung schon zur Vernunft bringen werde.

Ein ernstes Mahnwort

Angesichts der Besetzung der Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort richtet der Oberpräsident der Provinz Brandenburg und der Stadt Berlin einen Mahnruf an die Bevölkerung, in dem es heißt: „Feindliche Gewalten haben das Recht gebeugt. Diese Zeit der Trauer und der Not verträgt sich nicht mit lauten öffentlichen Vergnügungen. Ich sehe davon ab, gegen derartige Veranstaltungen durch Verbote einzuschreiten. Ich vertraue aber dem gesunden Sinn und dem Rechtsempfinden der Märker, daß sie alle Veranstaltungen unterlassen, die dem Ernst der Zeit widerstreiten"

Zur Entschädigung der Auslandsdeutschen

Von Dr. Erdmann, Hamburg, Bund der Auslandsdeutschen

Die Frage der Entschädigung der Auslandsdeutschen kann gar nicht ernst genommen werden. Die ganze deutsche Oeffentlichkeit muß sich mit diesem wichtigen Problem beschäftigen, das zu den bedeutendsten Faktoren des wirtschaftlichen Aufbaues unseres Vaterlandes gehört. Eine Betrachtung des Themas erfordert, zwei verschiedene Gesichtspunkte, deren Anwendung aber zu demselben Ergebnis gelangen läßt: zu dem, daß eine gerechte und ausreichende Entschädigung der Auslandsdeutschen im eigensten Interesse der gesamten deutschen Volkswirtschaft gelegen ist.

Die Frage der Entschädigung muß zunächst unter dem Gesichtspunkt des Rechtes betrachtet werden. Die Auslandsdeutschen waren und sind in demselben Umfange deutsche Staatsbürger, wie die Deutschen im Inlande und in den Kolonien es waren. Ihnen gegenüber hat das Reich also die selbstverständliche Pflicht des Schutzes, und zwar ihres Lebens und ihrer Persönlichkeit sowie ihres Eigentums. Die Auslandsdeutschen hatten in gleichem Umfange wie die übrigen deutschen Staatsbürger ihre Pflichten dem Reiche gegenüber zu leisten. Erinnert sei hier in erster Linie gerade an die für Auslandsdeutsche besonders drückende Wehrpflicht, die ihnen meist große finanzielle Opfer auferlegte. Auf der anderen Seite nahmen die Auslandsdeutschen keinerlei Anteil an den meisten Gegenleistungen des Reiches. Sie hatten nicht den Vorteil des Schutzes der deutschen Gerichte, nicht den der zahlreichen Einrichtungen der Sozialversicherung, nicht den der deutschen Staatsschulen. Einzig und allein der Schutz des Reiches stand ihnen als Gegenleistung für ihree Pflichterfüllung gegenüber. Und auf diesen Schutz haben sie einen Anspruch, trotz des traurigen Ausganges des Krieges.

Drei Arten von Schäden unterscheidet man bei der Gesamtfrage der Entschädigung der Auslandsdeutschen:

1. Die Liquidationsschäden,
2. Die eigentlichen Kriegsschäden,
3. Die Personenschäden.

Unter Liquidationsschäden werden die Schäden verstanden, die durch Verwaltungsmaßnahmen der feindlichen Regierungen den Auslandsdeutschen erwachsen sind, also die Sequestrierung und Liquidation deutschen Eigentums im Auslande. Diese Schäden zu ersetzen, hat sich die deutsche Regierung bereit erklärt. Sie konnte auch nicht gut anders, da ihr der Erlös der Liquidationen des Privateigentums der Auslandsdeutschen gutgeschrieben wird und sie sich unmöglich an dem Privatbesitz ihrer Mitbürger bereichern kann. Allerdings ist der Ersatz der Liquidationsschäden durchaus nicht etwa der wirtschaftlichen Lage angepaßt und die Regelung dieser Frage schließt noch starke Schädigungen für die Auslandsdeutschen in sich.

Die Kriegsschäden der Auslandsdeutschen entstanden durch die eigentlichen Kriegsmaßnahmen durch Gewalt, durch Plünderung, Raub und Brand oder durch Verschleuderung, die durch Heeresmaßnahmen oder ähnliches veranlaßt wurde. Zum Ersatz dieser Schäden hat sich die Regierung bisher noch nicht rechtlich verpflichtet. Sie hat zwar zugegeben, aus Billigkeitsgründen den Auslandsdeutschen Ersatz schaffen zu wollen, jedoch ist die bisher vorgesehene Regelung derartig ungenügend, daß tatsächlich noch nicht ein Zehntel der wirklichen Schäden ersetzt wird. Die Regierung entschädigt die Auslandsdeutschen auf diesem Gebiete mit einer Summe, die dem Friedenswerte der verloren gegangenen Gegenstände entspricht und die nach Friedensvaluta in Reichsmark ausgezahlt wird. Da der Valutastad unserer Reichsmark heute höchstens den zehnten Teil ihres Friedenswertes ausmacht und da der Wert der verloren gegangenen Gegenstände außerordentlich stark gestiegen ist, so ist leicht zu ersehen, wie unzureichend diese Entschädigungszahlen sind.

Die Personenschäden, also die Schäden an Leib und Leben, waren vorläufig überhaupt noch nicht in Betracht gezogen. Zwar hat die Regierung eine Regelung dieser Frage in Aussicht gestellt, doch ist von einem Gesetzentwurf selbst noch nichts bekannt. Es kann also noch lange Zeit dauern, bis die Auslandsdeutschen ihre Forderungen befriedigt erhalten.

Allesinallem muß man sagen, daß den Auslandsdeutschen durchaus nicht die rechtlichen Ansprüche auf Entschädigung zugestanden worden sind, die ihnen nach dem gesunden Rechtsempfinden zugestanden werden müssen. Und Regierung und Volk haben alle Ursache, im Interesse des Rechtsempfindens ihre bisherigen Meinungen über die Entschädigungen der Auslandsdeutschen zu revidieren.

Es sind aber auch sehr schwerwiegende wirtschaftliche Gründe, die die maßgebenden Stellen im Reiche beeinflussen müßten, in großzügiger Weise die Auslandsdeutschen zu entschädigen. Soll man immer noch annehmen, daß sich die Regierung über die Bedeutung des Auslandsdeutschtums nicht klar ist? Hat man immer noch nicht einsehen gelernt, daß es nur mit Hilfe der großen Erfahrungen und genauen Kenntnisse der Auslandsdeutschen möglich sein wird, die deutsche Wirtschaft, vor allen Dingen den deutschen Außenhandel, wieder aufzubauen? Steigerung der Ausfuhr (London, Die Sanktionen?) das ist heute die Kardinalforderung, die im Interesse der Gesundung unseres Geldwesens und unseres Wirtschaftslebens erhoben wird. Nur die Auslandsdeutschen (?) können über die Kluft des Hasses und der Verleumdung die Brücke schlagen, über die der deutsche Handel seinen Weg zu den fremden Volkswirtschaften findet

MFA
Mikrofilmarchiv
der deutschsprachigen Presse e.V.

Pariser Echo

Genf, 15. März. (Eig. Drahtb.)

Die Pariser Blätter beschäftigen sich eingehend mit den Verhandlungen des Reichstages über die Londoner Konferenz und besonders mit der Rede des Ministers Dr. Simons. Der „Temps" hält es seinerseits für notwendig, eine Bilanz der Politik Simons zu ziehen und kommt dabei zu folgendem Ergebnis:

1. Deutschland kann heute nicht mehr behaupten, daß es unfähig sei, 15 Milliarden Goldmark in den ersten 5 Jahren zu bezahlen, da es diese selbst angeboten hat. 2. Ohne irgendwie seine diplomatische Lage verbessert zu haben, sieht Deutschland heute einen weiteren Teil seines Gebietes besetzt, und ein besonderes Zollregime am Rhein eingerichtet. 3. Der Gedanke einer Besteuerung der deutschen Ausfuhr, der besonders dem englischen Interesse entspricht, hat sich durchgesetzt. (??)

Alle Aussichten auf den Wiederaufschwung, die Deutschland hatte, sind über den Haufen geworfen. Wenn die Deutschen mit dieser Wendung zufrieden wären, so ist das ihre Sache. Wenn aber der Reichstag die Haltung Simons' billigt, weil er das Abkommen von Paris zurückgewiesen hat, so ist diese Vertrauenskundgebung etwas zweifelhaftes. Denn Simons habe nicht nur das Pariser Abkommen zurückgewiesen, sondern auch diejenigen Vorschläge, die ihm von den Alliierten in der Nacht vom Sonntag zum Montag gemacht worden waren. (Die aber, was der „Temps" absichtlich vergißt, mit den Pariser Beschlüssen im wesentlichen identisch waren.)

Wie Deutschland wieder aufbauen darf

j. **Straßburg,** 14. März.

Die Straßburger „Republik" berichtet aus Paris: Der Kammer ist ein Projekt vorgelegt worden, das die Verwendung deutscher Arbeiter im Wiederaufbaugebiet auf neuer Grundlage vorsieht. Die Deutschen, deren politische Gesinnung genau festzustellen wäre, sollen auf einem gewissen Territorium beschäftigt und unter Aufsicht eines französischen Polizeiaufgebotes bestellt werden. Nach Beendigung der Arbeit müßten die Deutschen sofort das Feld räumen. In parlamentarischen Kreisen steht man einem solchen Plane wohlwollender gegenüber als bisher.

Italienische Volksstimmung

j. **Rom,** 15. März.

Die italienische Oeffentlichkeit steht fast einmütig hinter Nitti, der die Repressalien als ungerecht und vertragswidrig bezeichnete. Auch die „Tribuna" verlangt nun wie Nitti, Italien möge seinen Weg allein gehen, sein Platz könne nicht zwischen dem französischen und englischen Imperialismus sein, sondern nur an der Seite Amerikas.

Die offizielle Politik des Landes geht aber andere Wege. Mit ihr haben wir zu rechnen, und nicht mit Stimmungen des Volkes, die wechseln können.

Schweden wendet sich an den Völkerbund

er. **Stockholm,** 15. März.

Aus Stockholm berichtet die „Frankfurter Zeitung": Der sozialistische Bürgermeister der Hauptstadt, einer der eifrigsten Vorkämpfer des Friedensgedankens, hat von der ersten Kammer des schwedischen Reichstages die Genehmigung erhalten, an den Außenminister eine Interpellation zu richten, in der er anfragt, ob die schwedische Regierung die Vermittelung des Völkerbundes anrufen wolle angesichts der neuen Katastrophe, die durch den Konflikt zwischen der Entente und Deutschland drohe.

j. **Haag,** 15. März.

Der „Nieuwe Courant" schreibt in einem Leitartikel: Die gleich gerichteten Tendenzen der niederländischen Interessen mit denen der Schweiz und Dänemarks und im gewissen Sinne auch mit denen Schwedens und Norwegens, hat zu einer Art Zusammenwirken hinsichtlich der internationalen Rechtsurteile geführt, das zwar noch keinen vollkommenen Erfolg, dafür aber doch recht gute Früchte gezeitigt hat. Wäre es nicht angebracht, auch gemeinschaftlich vorzugehen in der Abwehr der Maßnahmen, die uns drohen? Wenn wir zusammenstehen, können wir ohne Zweifel der von dem Imperialismus drohenden Gefahr besser Widerstand leisten.

Amerika soll in den Völkerbund hinein

Neuyork, 14. März. (Eig. Drahtber.)

Aus Washington wird gemeldet: Trotz des Stillschweigens, das die Regierungskreise darüber bewahren, verlautet hier mit Sicherheit, daß der französische Botschafter Jusserand sich bemühe, den Präsidenten Harding zur Annahme einer abgeänderten Form des Völkerbundes zu bewegen. Der französische Botschafter steht in engen Beziehungen zu den hervorragenden republikanischen Senatoren, um Einsicht in die Pläne Amerikas hinsichtlich des Völkerbundes zu gewinnen. Frankreich soll geneigt sein, den Eintritt Amerikas in den modifizierten Völkerbund unter jeder Bedingung zu begünstigen. Der Präsident hat seine Ansicht darüber noch nicht kundgegeben. Er ist bei den Beratungen mit Staatssekretär Hughes, die die Völkerbundangelegenheit betrafen, noch zu keiner Entscheidung gelangt.

ep. **Basel,** 14. März.

Nach der Basler „Nationalzeitung" hat der schweizerische Bundesrat beschlossen, dem Völkerbundsrat einige selbständige Anregungen zur Revision des Völkerbundsvertrages zu unterbreiten.

Englands Seerüstungen

hnb. **London,** 14. März.

„Times" melden, daß der englische Marine-Etat um mehrere Millionen Pfund Sterling heraufgesetzt wurde. Die Regierung hat entschieden, daß das Großkampfschiff noch immer die wichtigste Einheit der Flotte bleiben müsse. Sie schlägt vor, vier neue Linienschiffe zu bauen, zwei sofort und zwei andere nachdem die Reichskonferenz eine Entscheidung getroffen haben wird.

Um den Sevrès-Frieden

da. **Paris,** 14. März.

Das französisch-türkische Sonderabkommen besagt bezüglich des Ueberganges der Bagdadbahn an Frankreich: Die Eisenbahn werde Frankreich gehören, während das Gebiet, auf dem sie erbaut ist, Eigentum der Türken bleibt. Die Zölle werden nördlich der Bagdadbahn von der türkischen Regierung, südlich davon von der französischen Regierung erhoben. Die Linie selbst ist keinem Zollregime unterworfen.

Wie Havas meldet, hat einem Konstantinopeler Telegramm aus London zufolge die Nationalversammlung von Angora die Besprechung der Vorschläge begonnen, welche die Alliierten den osmanischen Delegierten auf der Londoner Konferenz unterbreiteten. Mehrere Redner haben sich energisch für die Verwerfung der Abänderungen ausgesprochen, die an dem Vertrag von Sèvres vorgenommen wurden.

Deutscher Reichstag

* **Berlin,** 14. März.

Abstimmung über die Reederei-Abfindung.

Das Reedereiabfindungsgesetz wird, und nach dem Abg. Bartz (Kommunist) nochmals dagegen protestiert hat, mit den Zusätzen und Entschließungen in dritter Lesung angenommen. Für die Schlußabstimmung bezweifelt der Abg. Levi (Komm.) die Beschlußfähigkeit des Hauses. Präsident Loebe schließt sich dem Zweifel an und bricht die Sitzung ab. Die Sitzung wird auf 5 Minuten später wieder eröffnet.

Die Wiederaufbaufrage

Auf der Tagesordnung steht als erster Punkt die Weiterberatung des Haushalts beim Wiederaufbauministerium und Ergänzungen. Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt Präsident Loebe mit, daß die Abstimmung über das Reedereiabfindungsgesetz um 4 Uhr stattfindet und namentlich sein wird.

Abg. Wienecke (Deutschnatl.) meint, die Gegner hätten selbst einen großen Teil Schuld an den Zerstörungen. Sie hätten zuerst mit schweren Geschützen auf die Schützengräben geschossen. Wir haben höchstens 50 v. H. Anteil an den Verwüstungen. Anderseits haben wir den Franzosen viele wertvolle Dauerbauten eingerichtet und überlassen, die mit angerechnet werden müssen. Nachdem Frankreich unsern Beistand abgelehnt [illegible] unsere Propaganda dahingehen, die Welt zu überzeugen daß ohne die deutsche Technik und Arbeit der Wiederaufbau nicht möglich ist. Wenn wir nicht bald dazu gelangen uns von Regierung zu Regierung zu verständigen, besteht die Gefahr, daß die Privatspekulation die Initiative ergreift und damit einer wüsten Schieberei Tür und Tor geöffnet wird. Es darf nicht einseitig eine Industrie berücksichtigt werden, vielmehr muß eine sachgemäße Verteilung der Arbeit auch unter Berücksichtigung des Handwerks erfolgen. Wir danken dem Minister Simons, daß er in seiner letzten Rede schon eine Art Propagandaprogramm gegeben hat.

Abg. Dauch (D. Volksp.): Nicht auflösen aber sollte man die Kolonialverwaltung, denn in der Mandatsfrage ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Mit finanziellen Fragen kann diese Frage allein nicht gelöst werden. Beim technischen Wiederaufbau muß verhindert werden, daß, ähnlich wie beim Kriegsbeginn, durch übertrieben hohe Preise Schiebergewinne erzielt werden. Das Reichsausgleichsamt rechnet mit einer siebenjährigen Lebensdauer. Wir wünschen seinen früheren Abbau. (Sehr wahr!) Das Vorentschädigungsverfahren bei den Auslandsdeutschen muß sofort verbessert werden. (Sehr richtig!) Vom Güteraustausch mit dem Ausland hängt heute das Leben unseres Volkes ab. Darum müssen wir den Außenhandel wieder aufbauen.

Abg. Kniest (Dem.): In Fragen des Wiederaufbaues muß die Verwaltung vor allem den Organisationen des Handwerkes und Gewerbes größeres Vertrauen schenken bei Vergebung der Aufträge für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete. Die Entschädigung der Auslandsdeutschen muß beschleunigt werden.

Staatssekretär Müller: Das Wiederaufbauministerium hat die Aufgabe, die wirtschaftlichen Bedingungen des Friedensvertrages durchzuführen. Wir wollen in weitestem Umfange das deutsche Handwerk, die deutsche Industrie und den deutschen Handel mit Lieferungen heranziehen. Freilich sind die Sachlieferungen in letzter Zeit weniger stark angefordert worden. Wir befinden uns im Einklang mit den deutschen und französischen Arbeiterorganisationen bei diesem Plan, aber bei der französischen Regierung haben wir damit noch keine [illegible] gefunden. In der Frage der Entschädigungen der Auslandsdeutschen wird neuerdings in einem rascheren Tempo gearbeitet. Unsere Organisationen werden abgebaut, sobald das irgendwie möglich ist. Wenn das Reedereiabfindungsgesetz angenommen ist, wird sich dieser Abbau sehr beschleunigen lassen. Der Apparat des früheren Kolonialministerium muß in der einen oder anderen Form aufrechterhalten werden. Wir haben die Hoffnung, früher oder später wieder in den Besitz unserer Kolonien zu kommen, noch nicht aufgegeben. (Beifall.)

Abg. Fries (Kommunist): Der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs kann nur vom internationalen Proletariat geleistet werden. In Rußland machen gegenwärtig sicherlich sehr viele gute deutsche Patrioten mit den Leuten der Sowjetregierung gemeinsame Sache. (Unruhe rechts.) Auf dem Boden des Kapitals kann es nie zum Wiederaufbau kommen. Damit schließt die Aussprache. Der Haushalt des Wiederaufbauministeriums wird dann nach unwesentlicher weiterer Debatte bewilligt.

Entwaffnung und Selbstschutz

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfes zur Durchführung des Artikels 177 bis 178 des Friedensvertrages. (Verbot der Selbstschutzorganisationen.) § 1 verbietet Vereinigungen aller Art, welche ihre Mitglieder im Kriegshandwerk oder im Gebrauch von Militärwaffen ausbilden oder üben und sich mit Maßnahmen befassen, die auf eine Mobilmachung hinzielen. § 2 verbietet den Unterrichtsanstalten, Universitäten und Kriegervereinen, Schützengilden, Sport- oder Wandervereinen, überhaupt Vereinen aller Art, sich mit militärischen Dingen zu befassen, sowie sich mit dem Reichswehrministerium oder anderen militärischen Behörden in Verbindung zu halten.

Minister Dr. Simons

betont, daß er nur für die politische Begründung des Entwurfes verantwortlich sei, nicht für die Einzelheiten, um die er sich infolge der Vorbereitungen für die Londoner Konferenz nicht habe kümmern können. Ueber die technische Seite des Entwurfes werde deshalb der Minister des Innern sprechen müssen. Da die bisherigen Bestimmungen über die Entwaffnung nicht genügt hätten, mußten wir uns aufs neue mit dieser Frage beschäftigen, die namentlich seit den Tagen von Spa akut geworden ist. Man hat uns eine Frist für die Durchführung der Entwaffnung gestellt. Die Folge war die Konferenz der bundesstaatlichen Minister. In London ist die Angelegenheit wegen des vorzeitigen Scheiterns der Reparationsverhandlungen nicht zur Sprache gelangt. Die Ansicht, als ob mit dem Scheitern der Verhandlungen auch die Forderungen der Entwaffnung hinfällig seien, kann die Regierung nicht teilen. Sie will unsere Stellung nicht noch schwerer machen, als sie schon ist. Wir kennen z. B. die Schikanen, mit denen die Abstimmung in Oberschlesien erschwert wird. Wir wissen, wie die polnischen Agenten arbeiten. Wir unserseits werden uns aber strikt an den Vorschriften für die Abstimmung halten, um keinerlei Vorwand gegen uns zu liefern. So steht es auch mit dem Friedensvertrag. Wir haben versprochen, ihn zu erfüllen. Dies werden wir tun, aber auch nichts mehr. Manchen Leuten steht ja freilich noch nicht genug darin. Die Befürchtungen Bayerns, als ob gegen Bayern noch etwas besonders Böswilliges geplant ist, sind übertrieben. Es handelt sich hier nur um gewisse Maßnahmen, die notwendig waren, um verbotene Handlungen zu verhindern. Dem haben wir in dem Gesetzentwurf Rechnung getragen. Die Auflösungsfrage mit dem Vereinsrecht zu verbinden, war nicht möglich, weil das letztere hierzu nicht ausreicht. Das Reich greift hier in die Zuständigkeit der Länder ein. Das mußte aber sein, weil das Reich die Verantwortung trägt. Wir haben getan, was wir tun mußten.

Abg. Hoffmann-Kaiserslautern (Soz.) meint, wenn man den Gegnern den Vorwurf unseres schlechten Willens nehmen wolle, bleibe nichts anderes übrig, als den Gesetzentwurf einzubringen. Auffällig ist es nur, daß die Worte „Selbstschutz" und „Einwohnerwehr", die im ersten Entwurf standen, im vorliegenden Gesetzentwurf peinlichst vermieden werden. (Hört, hört!) Außerdem verlangen wir im Interesse der Aufklärung volle Klarlegung des Brief- und Notenwechsels mit der bayerischen Regierung; denn bislang handelte es sich hier um ein nationales Trauerspiel. Die bürgerliche Presse und mit ihr die Demokraten machen in einer höchst auffälligen Weise scharf. Dabei sehen sie nicht, daß eine neue Gefahr für eine neue Besetzung, ja für die Einheit des Reiches vorhanden ist. Mögen die prophetischen Worte: „An Bayern wird das Reich zu Grunde gehen" nicht ungehört verhallen.

Abg. Edler von Braun (Deutschnatl.): Nach unserer Meinung haben wir bezüglich der Entwaffnung aufrichtig alles getan, was nach dem Versailler Friedensvertrag die Entente von uns fordern konnte. Diese Ansicht hat die Regierung bisher auch vertreten. Nun kam das Pariser Diktat, das in Bayern ebensolche Entrüstung erregt hat wie im ganzen Reich. Wir haben keine Verpflichtung, das Pariser Diktat zu erfüllen, nachdem die Londoner Verhandlungen gescheitert sind. (Sehr richtig rechts.) Eine Vertragserfüllung kann nicht gut von denen verlangt werden, die außer Zweifel selbst den Vertrag gebrochen haben. Dieses Gesetz ist ein Ausnahmegesetz gegen Bayern. Die Dinge liegen in Bayern ganz anders, als man im Reiche annimmt. Wir benötigen unsere Einwohnerwehren, um die notwendige Ordnung im Innern aufrechtzuerhalten. Die Welt hat keine Achtung vor einem Volk, das immer nur auf andere horcht. Wir lehnen das Gesetz ab. (Beifall rechts.)

Die Reederei-Abfindung wird bewilligt.

Vizepräsident Bell unterbricht hierauf die Beratung, um die vorher ausgesetzte namentliche Abstimmung für das Reedereiabfindungsgesetz vorzunehmen. Das Ergebnis ist folgendes: Es haben abgestimmt 301 Abgeordnete, davon 239 mit ja und 60 mit nein, 3 enthielten sich der Stimmabgabe. Das Gesetz wird also angenommen.

Die Beratung des Entwaffnungsgesetzes wird fortgesetzt.

Reichsminister Koch: Ich stehe als Kabinettsmitglied auf dem Boden des Gesetzes. Die Gründe für seine Einbringung lagen nicht auf innerpolitischem, sondern auf außenpolitischem Gebiete. Alle Selbstschutzorganisationen sind verboten, wenn sie mit kriegsmäßigen Waffen ausgerüstet sind. Herr v. Braun irrt, wenn er sagt, das Gesetz widerspreche der Verfassung und greife in die Rechte der Einzelstaaten ein. Es wäre Katastrophenpolitik, wenn er in diesem Punkte die Ausführung verweigerte.

Abg. Goldmann (USP.): Das Gesetz ist nicht vollständig und bedeutet in vielen Punkten eine Kapitulation der Reichsregierung vor dem Ministerium Kahr. Wir müssen aber unbedingt diese Vorschrift des Friedensvertrages erfüllen. (Zurufe von rechts.) Der vorliegende Entwurf ist völlig unzulänglich, deshalb lehnen wir ihn in der gegenwärtigen Fassung ab.

Abg. Hamm (Dem.): Die Frage der Entwaffnung und der Abschaffung aller bayerischen Rechte muß sehr vorsichtig behandelt werden. Ist es schlimm oder ist es undemokratisch, wenn Hunderttausende die Artikel 175 und 178 des Friedensvertrages als besonders drückend empfinden? Unsere Pflicht gegenüber dem Reiche vergessen wir in Bayern nicht. Wir müssen den außenpolitischen Forderungen Rechnung tragen.

Reichsminister Dr. Simons: Ich stimme den letzten Worten des Vorredners bei, doch muß ich bestreiten, daß ich mich in angeblichen Differenzen mit dem Reichsminister Koch befinde. Das Pflichtgefühl gegenüber dem deutschen Vaterlande hat mich bewogen, den Entwurf einzubringen. Auch mir wäre es lieber, wir brauchten uns nur mit innerpolitischen Fragen zu befassen. Jedenfalls liegt mir nur daran, den Standpunkt einzunehmen, daß wir zu nichts mehr verpflichtet sind, selbst, wenn wir die technischen Mittel dazu besäßen, unsere Jungmannschaften nochmals einzusetzen, es sei denn im äußersten Falle. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Remmele (Komm.) bezeichnet die blauweiße Schmach als viel unerträglicher als die schwarze Schmach und erregt damit einen Sturm der Entrüstung. (Laute Pfuirufe. Vizepräsident Bell ersucht den Vorredner, derartige provozierende Ausdrücke zu unterlassen.) Abg. Remmele wiederholt den Ausdruck. (Minutenlanger Lärm. Vizepräsident Bell ruft den Redner zur Ordnung.) Der Entwurf sei für seine Partei unannehmbar.

Abg. Simon-Schwaben (Soz.): Abg. Hoffmann hat die ganze Sache lediglich vom Reichsstandpunkte ins Auge gefaßt. Die damalige Wehrorganisation hat der Abg. Hoffmann geschaffen. Diese habe aber einen ganz anderen Charakter gehabt und sei erst allmählich unter dem Ministerpräsidenten v. Kahr zu einer militärischen Einrichtung geworden.

Auf Antrag des Abg. Simon (Soz.) wird die Vorlage an einen besonderen Ausschuß von 21 Mitgliedern verwiesen.

Weiterberatung über das Ministerium des Innern.

Ein Antrag der Koalitionsparteien, das Kapitel „Reichswanderungsamt" an den Haushaltsausschuß zurückzuverweisen, wird angenommen.

Abg. Weiß (Dem.): Wir wünschen die Durchführung des Reichsschulgesetzes. Die allgemeine Entfernung des Religionsunterrichts war ein großer Kulturrückschritt (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Eine Reform des Religionsunterrichts muß aber auch durchgeführt werden, ebenso eine Reform der Lehrerausbildung.

Abg. Dr. Levi (Komm.) polemisiert gegen die Haltung des Ministeriums gegenüber der Kommunistischen Partei, spricht gegen den deutschen Parlamentarismus, der am besten für den Zoologischen Garten passe, und erregt, durch Zurufe der Rechten veranlaßt, durch weitere praktische Vergleiche wiederholt stürmische Heiterkeit. (Vizepräsident Bell ruft den Redner auf Grund des stenographischen Berichts wegen seiner Aeußerungen gegen die Minister zur Ordnung.)

Abg. Delbrück (DNatl.) begründet sodann namens des Sechzehnerausschusses einen Antrag, der von der Regierung zur Bildung der Verwaltungsreform vorgezeichnete gemischte Kommission möge bestehen aus dem Reichsminister des Innern, des Vorsitzenden, **acht Reichstagsmitgliedern und vier Reichsratsmitgliedern.**

Abg. Mumm (DNatl.) begründet einen Antrag, die Regierung möchte auf die Länder Sachsen und Hamburg soweit einwirken, daß die Frage der Erziehungsberechtigten so erfolgen möge, daß nur diejenigen Kinder dem Religionsunterricht fernbleiben, deren Eltern dieses ausdrücklich verlangen. Die Ostjudenfrage muß gelöst werden. Das kann nicht geschehen, wie es Minister Heinze will, nach Art des Hundeschwanzes, dem stückweise das Lebenslicht ausgeblasen wird. (Stürmische Heiterkeit.) Redner fordert Maßnahmen gegen die Schmutzliteratur.

Abg. Frau Pfuelf (Soz.) führt Beschwerde darüber, daß der Minister sich der Auflösung der Bremer Stadtwehr widersetzt habe. Für das Jugendfürsorgegesetz hätten größere Mittel ausgesetzt werden sollen.

* * *

* **Berlin,** 15. März.

Der bayerische Bauernführer Dr. Heim erklärte laut „Lokalanzeiger" im Verlaufe einer Unterredung über den Gesetzentwurf betreffend die Auflösung der Selbstschutzorganisationen: Wir Bayern sehen in der Vorlage alle einen Konfliktsstoff, aber niemals wird es deswegen zur Trennung vom Reiche kommen; den Gefallen werden wir den Franzosen nie tun. Dr. Heim bezeichnete dann weiter das in Ententekreisen verbreitete Gerücht über eine Verbindung zwischen Ludendorff und Escherich als ein Märchen.

MFA Mikrofilmarchiv der deutschsprachigen Presse e.V.

Feindliche Willkür

Willkürakte gegen Mitglieder des Schutz- und Trutzbundes

Acht Mitglieder des Schutz- und Trutzbundes sind wie politische Verbrecher in Cleve verhaftet und ins politische Gefängnis nach Mörs abgeführt worden. Von dort aus hat man sie nach Aachen verschleppt, um sie dann vor einem Kriegsgericht abzuurteilen. Nach dem Anklagebericht der belgischen Behörde werden sie wie politische Verbrecher behandelt, weil der Schutz- und Trutzbund eine „verbotene politische Vereinigung zur Schädigung und Bekämpfung der Entente" sei. (Die Entente erkennt offenbar ihren wahren Charakter selbst an!) Bei der Reichsbehörde, dem Auswärtigen Amt und dem Reichskommissar ist Einspruch erhoben worden, da der Schutz- und Trutzbund gänzlich unpolitisch und nur die Wiedergeburt und Erneuerung des deutschen Volkes betreibt.

Hamborn gilt als besetzt

Am Samstag nachmittag traf in Hamborn ein Abgesandter der Duisburger Besatzungstruppen ein und teilte der Stadtverwaltung mit, daß auch Hamborn, zwischen den besetzten Gemeinden Duisburg und Walsum liegend, als besetzt gelte. Der Belagerungszustand ist verhängt, eine Kommandantur der alliierten Truppen aber nicht eingerichtet worden. Weitere Truppen sollen vorläufig nicht in Hamborn einrücken.

Schwarze

Nach einer Blättermeldung aus Duisburg sind dort zwei Abteilungen farbiger Franzosen eingetroffen, und zwar Schwarze und Anamiten. Sie werden vorläufig in ihren Quartieren zurückbehalten.

Ein Attentat auf Ebert?

Amerikanische Blätter berichten in großer Aufmachung von einem Attentat auf den Reichspräsidenten, das am 23. Februar passiert sein soll; und erheben gegen die deutschen amtlichen Stellen den Vorwurf, daß sie dieses Ereignis vertuscht haben. Nach der amerikanischen Darstellung ist in der Nacht zum 23. Februar ein Schuß auf das Wohnhaus des Reichspräsidenten in der Wilhelmstraße von dem Dach des gegenüberliegenden Hauses, in dem der frühere Minister des Aeußern von Kühlmann wohnt, abgegeben worden. Auf ein Haar hätte die Kugel die Schildwache vor dem Hause des Reichspräsidenten getroffen.

Von zuständiger Stelle wird der Vorgang bestätigt. Tatsächlich ist in der Nacht vom 22. zum 23. Februar auf den Posten vor dem Hause des Reichspräsidenten geschossen worden, und der Schuß hat auch den Helm des Posten getroffen. Da nach der Richtung des Schußkanals der Schuß von dem Dach des gegenüberliegenden Hauses abgegeben worden sein mußte, so wurde eine polizeiliche Untersuchung vorgenommen, die aber ergebnislos blieb. Ein Attentat auf den Reichspräsidenten liegt nicht vor, vielmehr glaubt man, daß es sich um einen Racheakt eines Verbrechers an der Polizei oder an dem Posten, der in jener Nacht Wache hatte, gehandelt hat.

Das Berliner Dynamitattentat

* **Berlin**, 14. März.

Wie die Sachverständigen, die den Inhalt des in der Siegessäule vorgefundenen Sprengstoffpakets untersuchten, dem „Achtuhrabendblatt" mitteilen, würde bei der einen Explosion nicht nur die Siegessäule vollständig in Trümmer gegangen, sondern auch das Bismarckdenkmal, das Krollsche Etablissement und der nach der Siegessäule hinliegende Teil des Reichstagsgebäudes demoliert worden sein. Ferner würde die Explosion Hunderte von Menschen, die bei dem schönen Wetter um und an der Siegessäule herumstanden, ums Leben gebracht haben.

*

Das „Achtuhrabendblatt" will wissen, die Berliner Polizei habe an verschiedenen Stellen der Stadt große Mengen Dynamit beschlagnahmt. Es seien bisher 6 Personen verhaftet, denen zum Teil eine Beteiligung an Attentatplänen hätte nachgewiesen werden können. Es handelt sich bei den Verhafteten um Reichsdeutsche. Ob ein Zusammenhang zwischen diesen Dynamitfunden und dem versuchten Attentat auf die Siegessäule besteht, hält die Berliner Kriminalpolizei für noch nicht erwiesen.

Von den Parlamentsausschüssen

Berlin, 14. März. (Eig. Drahtb.)

Der Hauptausschuß des Reichstages beriet am Montag zunächst den Etat des Reichswehrministeriums. Im Marine-Etat strich der Hauptausschuß von den zwei Teilbeträgen von 25 Millionen Mark für den Bau eines Kreuzers 15 Millionen Mark, weil der erste Teilbetrag von 25 Millionen Mark infolge seiner späten Bewilligung durch den Reichstag noch nicht ausgegeben sei. Reichswehrminister Geßler erklärte sich mit dieser Streichung einverstanden. Der Hauptausschuß genehmigte sodann den gesamten Haushaltsplan des Reichswehrministeriums. — Bei der folgenden Behandlung des Etats des Reichsernährungsministeriums erklärte auf Antrag von Dr. Hertz (USP.) über eine etwa beabsichtigte Erhöhung des Brotpreises der Ernährungsminister Dr. Hermes, er halte nach wie vor an seiner Erklärung fest, daß im Verlauf des Wirtschaftsjahres der Mehlpreis der Reichsgetreidestelle nicht erhöht werde. Die Forderung des Reichsfinanzministers nach Abbau der Verbilligungsaktion für Brotgetreide müsse er als berechtigt anerkennen.

Berlin, 15. März. (Eig. Drahtb.)

Der Hauptausschuß des Reichstages setzte heute seine Etatberatungen fort. Bei Behandlung des außerordentlichen Haushaltsplanes des Reichsverkehrsministeriums äußerten die Abgeordneten verschiedene Wünsche über Ausgestaltung und Verbesserung des Verkehrsnetzes. Beim Etat des Reichsministeriums des Innern empfahl Abgeordneter Schreiber (Ztr.) die Besteuerung der Filmreklame.

60. Rheinischer Provinzial-Landtag

Düsseldorf, 14. März.

Die heutige Sitzung des Provinziallandtages nahm nur die Dauer einer halben Stunde in Anspruch. Un[ter] den eingegangenen Anträgen befindet sich außer solchen von der Landesverwaltung und dem Provinzialausschuß, auch ein Antrag der sozialdemokratischen Partei, der die Einsetzung einer Untersuchungskommission zur Klärung der Verhältnisse bei der rheinischen Hebammenlehranstalt in Köln fordert. Sämtliche Anträge wurden zur Vorberatung den Fachkommissionen überwiesen. Es wurde sodann die Wahl der Kommission vorgenommen, in die nach der Stärke der Fraktionen das Zentrum 7, die Arbeitsgem. 4, die Mehrheitssozialdemokratie 3 und die Kommunisten 1 Sitz entsenden. Nach Vornahme dieser Wahlen schloß die Vollsitzung, um den Fraktionen und Kommissionen den Nachmittag für ihre Sonderberatungen zu überlassen.

Aus dem Parteileben

Hergt

* **Berlin, 14. März. (Eig. Drahtb.)**

Der Parteivorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, Hergt, sieht sich infolge eines schweren Herzleidens auf ärztlichen Rat genötigt, sich einem 6wöchigen Erholungsurlaub zu unterziehen. Seine Vertretung im Parteivorstand wird durch den stellvertretenden Vorsitzenden, Geheimen Justizrat Dietrich, M. d. R., wahrgenommen. Soweit die laufende Tätigkeit bei der Hauptgeschäftsstelle für den Parteivorsitzenden in Betracht kommt, ist der Abgeordnete Dr. v. Kries bereit, sich vertretungsweise für die Zeit der Beurlaubung des Vorsitzenden zur Verfügung zu stellen.

Bürgerlicher Wahlsieg in Mecklenburg

Bei den Landtagswahlen in Mecklenburg wurden folgende Stimmen abgegeben: Deutschnationale 56 607, Volkspartei 51 653, Dorfbund 11 273, Wirtschaftspartei 9535, Demokraten 11 900, Sozialdemokraten 103 204, Unabhängige Sozialdemokratie 2683, Kommunisten 13 525.

Bei den letzten Wahlen in Mecklenburg (Juni 1920) erhielten die Deutschnationalen 42 909, Deutsche Volkspartei 43 379, Wirtschaftsvereinigung 13 072, Demokraten 15 162, Sozialdemokraten 77 230, Unabhängige Sozialdemokratie 29 029, Kommunisten 1004 Stimmen.

Die bürgerlichen Parteien errangen nach dem obenstehenden Wahlergebnis — wir nehmen die demokratischen Stimmen dazu — mit 140 968 Stimmen einen glänzenden Wahlsieg über die Mecklenburger drei sozialistischen Parteien, auf die insgesamt nur 119 412 Stimmen entfallen sind. Auch ohne demokratische Stimmen verfügen die bürgerlichen über eine tragfähige Mehrheit mit 129 695 Stimmen gegenüber den 119 412 sozialistischen Stimmen. Wir haben aber Grund anzunehmen, daß man die Demokraten diesmal, nach den bösen Erfahrungen, die sie im Januar machten, als sie — zu ihrem eigenen Nachteil — den Roten halfen, die bürgerliche Regierung zu stürzen, im bürgerlichen Lager finden wird. Wieso die Elberfelder mehrheitssozialdemokratische „Freie Presse" gestern abend dazu gekommen ist, von einem großen Wahlsieg der Sozialdemokratie in Mecklenburg zu sprechen, verstehen wir nicht. Der Mecklenburger Stimmenzuwachs der Scheidemänner, der übrigens dadurch bedingt ist, daß die Wahlbeteiligung in Mecklenburg diesmal überhaupt reger gewesen zu sein scheint, fällt zu Lasten ihrer roten Brüder von links. Wir gönnen den Scheidemännern diesen Zuwachs, warnen sie aber vor verfrühter Freude: Uns will scheinen, als sei in Mecklenburg die russische Woge stark angeschwollen.

Beachtenswerte Kundgebungen im Reich gegen die Entente

Halle

j. **Halle**, 15. März.

Im Regierungsbezirk Merseburg veranstaltete gestern die sozialdemokratische Partei 55 Protestversammlungen gegen den Einmarsch der Entente. In Halle sprach der Abgeordnete Breuer. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der gegen den Einmarsch der Ententetruppen in das Ruhrgebiet protestiert wird. Bemerkenswert ist es, daß der Referent die Arbeiterschaft davor warnte, daran zu glauben, daß die Arbeiter der Ententeländer jemals für die deutschen Arbeiter etwas tun würden. Das beweise am deutlichsten Belgien, wo Arbeiter in der Regierung säßen. (Späte Erkenntnis, teure Freunde! ....)

Berlin

Eine Reihe nationaler Verbände, u. a. die nationale Studentenverbindung, der Verein ehemaliger Baltenkämpfer, veranstaltete am gestrigen Sonntag vormittag eine Demonstration gegen die Anwesenheit der Ententekommissionen in Deutschland nach Bruch des Friedensvertrages durch die Entente. Als Versammlungsort war ursprünglich der Lützowplatz bestimmt. Da dieser jedoch bereits zur Bannmeile gehört und die Schutzpolizei mit einem starken Aufgebot von Beamten jegliche Ansammlung auf dem Lützowplatz und in seiner nächsten Umgebung verhinderten, versammelten sich die Teilnehmer an der Kundgebung auf dem Wittenbergplatz. Gegen 11 Uhr setzte sich von hier aus ein Demonstrationszug in Bewegung und zog unter Mitführung zweier schwarz-weiß-roter Fahnen, einer weißen Fahne mit dem Hakenkreuz, einer Fahne mit der Inschrift „Hinaus mit den Friedensbrechern, fort mit den Ententekommissionen!" die Tauentzienstraße entlang. Unterwegs wurden patriotische Leder gesungen, Hochrufe auf Deutschland und Niederrufe auf die Ententekommissionen ausgebracht. Der Zug bog dann in den Kurfürstendamm ein und erhielt hier Verstärkung. Da schon vorher das Gerücht verbreitet war, die Demonstration beabsichtige eine Kundgebung vor der interalliierten Ueberwachungskommission für Luftfahrt hatte die Polizei in dieser Gegend für einen umfangreichen Ueberwachungsdienst Sorge getragen, der aber keine Gelegenheit hatte, einzugreifen.

Oberschlesien

Die erste Abstimmung

* **Kattowitz**, 14. März.

Die Abstimmung derjenigen Beamten, die zwar stimmberechtigt sind, aber mit Rücksicht auf ihren Dienst am 20. März nicht abstimmen können, ist bereits gestern vor sich gegangen. Sie weist eine große Beteiligung auf und verlief ohne Zwischenfälle.

*

Von der Zentralstelle für die technische Durchführung der oberschlesischen Volksabstimmung wird uns mitgeteilt, daß bis zum 14. März abends die Transportbewegung völlig normal und ohne Zwischenfälle verlaufen ist. Die Abstimmungsberechtigten wurden gestern vom Oberpräsidenten von Niederschlesien und heute vom Oberpräsidenten von Oberschlesien begrüßt. Dabei kam es zu machtvollen Kundgebungen für das Deutschtum.

Irische Märtyrer

* **London**, 15. März. (Eig. Drahtber.)

Die Hinrichtung von sechs Sinnfeinern in Dublin, die heute morgen stattfand, brachte die Bevölkerung von Dublin in die größte Erregung. Die Sinnfeiner, die Anhänger der republikanischen Armee waren, wurden zum Tode verurteilt, da sie angeblich an Mordtaten aus dem Hinterhalt gegen englische Truppen beteiligt waren. Sie wurden paarweise in Zwischenräumen von einer Stunde aufgehängt. Alle Geschäfte und Bureaus und selbst die Postämter waren zum Zeichen der Trauer geschlossen. An 20 000 Personen knieten vor den Mauern des Gefängnisses, die Frauen und Mütter der Verurteilten in der ersten Linie, und beteten.

Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung" berichtet, wurden die Henker in Tanks zum Gefängnis gebracht, und eine Reihe von Panzerautos und Tanks waren in der Entfernung aufgestellt um etwaige Unruhen im Keime zu ersticken. Vor dem Gefängnis wurde eine ganze Reihe von Altären errichtet. Der Priester, der den Verurteilten in den letzten Stunden beistand, erklärte, daß sie tapfer wie Helden gestorben seien. Zwei von ihnen hätten ihre Unschuld bis zum letzten Augenblick beteuert. Man ist der Ansicht, daß dieses Ereignis die ganze republikanische Armee zu neuen Tätigkeiten aufreizen wird. Selbst in London ist man wieder nervös geworden und fürchtet Attentate. Die englische Detektiv-Zentrale Scotland Yard behauptet, einem großen Komplott auf die Spur gekommen zu sein. Es sei geplant, am St. Patrick-Tage verschiedene Attentate auf Minister vorzunehmen.

Aus dem Osten

Der litauisch-polnische Konflikt

Warschau, 13. März. (Eig. Drahtber.)

Wie die „Vossische Zeitung" aus Warschau meldet, haben die Warschauer Parteiführer in den letzten Tagen wiederholte Konferenzen mit dem aus Wilna herbeigerufenen General Zeligowski gehabt. Der auswärtige Sejm-Ausschuß faßte folgenden Beschluß: Polen erklärt seine Rechte auf das Wilnaer Land für unantastbar und erkennt der Kownoer Regierung keine Rechte auf Wilna aus dem litauisch-sowjetrussischen Vertrag von 1920 an. Polen billigt der Wilnaer Bevölkerung völlige Freiheit über ihre Bestimmung zu und ist bereit, die vom Völkerbund vorgeschlagene Volksabstimmung anzunehmen. Ferner ist Polen bereit, seine Regierung mit der Gegenpartei weiter verhandeln zu lassen, kann aber unter keinen Umständen auf ein Schiedsgericht eingehen. — Die „Demobilisierung" Polens schreitet so fort, daß im letzten Dreivierteljahr die polnischen Heeresausgaben rapide gestiegen sind. Sie betragen nämlich nach dem Eingeständnis polnischer Blätter 30 Milliarden Mark, nicht eingerechnet das für die Demobilisierung unbedingt notwendige Kriegsmaterial aus Frankreich und anderen Staaten, das bei niedrigster Schätzung 120 Millionen Franks beträgt.

da. **Paris**, 13. März.

Mit der wohlwollenden Unterstützung der französischen Regierung wird nun die antibolschewistische Bewegung vom Ausschuß der Dumaabgeordneten in Paris systematisch organisiert. In russischen Bankkreisen in Paris sind allein eine Millionen Franken von der Gruppe Burzew gesammelt und telegraphisch nach Finnland angewiesen worden, damit Kronstadt sofort im Ueberfluß mit Getreide und Lebensmitteln versorgt werden kann.

Zur Lage in Rußland

Russische Offensivpläne

* **Stockholm**, 14. März.

„Afton Bladet" meldet aus Riga: Im Raume von Smolensk, Witebsk und Mohilew sind starke Truppenteile, die mindestens 15 Divisionen umfassen, vorgerückt. Unter ihnen befinden sich Weißrussen und polnische rote Formationen, die teils für Kriegszwecke, teils für Propagandazwecke ausgebildet worden sind. Diese Truppen sind mit schwerer und leichter Artillerie reichlich versehen und verfügen über gut ausgebildete Flieger. Mehrere dieser Formationen sind im Raume von Polozk mit Kavallerietruppen vorgeschoben worden, die einen Vorstoß gegen Wilna unternehmen sollen. Die Kavallerieformationen sind mit leichter Artillerie ausgerüstet.

Aus der vorstehenden Meldung, die russische Offensivpläne gegen Polen andeutet, kann man eigentlich nicht auf eine Erschütterung der Stellung der Räteregierung schließen.

Berlin, 15. März. (Eig. Drahtber.)

Der Polizeipräsident Richter teilte heute auf Befragen den Pressevertretern mit, daß die gestrige Sensationsmeldung des „Achtuhrabendblattes" keinerlei Anspruch auf Richtigkeit hätte. Ob Ausländer die Attentäter sind oder Inländer, steht bisher noch nicht fest. Die Untersuchung schreitet aber, wie der Polizeipräsident mitteilte, rüstig und erfolgreich fort. Das Polizeipräsidium glaubt in der Lage zu sein, bereits morgen ausführlichere Mitteilungen der Presse über die Ergebnisse der Untersuchung machen zu können.

Trotzki im Gefühl der Sicherheit

hnb. **London**, 14. März.

„Times" melden aus Riga: Die Garnison von Kronstadt hat Lebensmittel aus Europa erhalten. Trotzki sandte ein Ultimatum an Finnland, worin er fordert, daß Finnland nicht mit Kronstadt verhandeln solle, und protestierte gegen die dem finnländischen General Mannerheim zugeschriebene Absicht, gegen die Bolschewisten zu marschieren.

Nach einem Telegramm aus Helsingfors ist der vierte Jahrestag der Revolution am 12. März in Petersburg ruhig verlaufen. Die Arbeit wurde überall eingestellt. In den Straßen hielten Patrouillen die Ordnung aufrecht.

Beide Meldungen lassen — wieder einmal zur Abwechslung — erkennen, daß sich Trotzki überaus sicher fühlt.

Politische Tagesschau

Das Urteil im Aulock-Prozeß. Die Strafkammer des Breslauer Landgerichts fällte am 14. März das Urteil gegen die in den Aulock-Prozeß verwickelten Personen. Feldwebel Walther erhielt 3½ Jahre, Oberjäger Bischup 4 Jahre und Unteroffizier Brasoka 2½ Jahre Gefängnis.

Hamburg

Wie die „Vossische Zeitung" aus Hamburg meldet, ist dort abermals ein bewaffneter englischer Dampfer im Hafen erschienen.

Politische Drahtungen

(Nach Schluß der Redaktion eingegangen)

Ermordung Talaat Paschas

* **Berlin**, 15. März. (Eig. Drahtber.)

Heute vormittag ist der frühere türkische Minister Talaat Pascha in seiner Wohnung in der Hardenbergstraße in Charlottenburg von einem Armenier ermordet worden.

Bayern und die Selbstschutzvorlage

Einigung in Sicht.

Berlin, 15. März. (Eig. Drahtber.)

Wie wir aus Kreisen der bayrischen Volkspartei erfahren, ist mit dem Austritt der Fraktion aus der Regierungskoalition kaum noch zu rechnen. Die Verhandlungen zwischen den Bayern und der Reichsregierung sind fortgesetzt worden und es ist nach diesen Mitteilungen gelungen, eine einigende Basis zu finden. Der Ausschuß zur Beratung der Selbstschutzvorlage dürfte voraussichtlich morgen seine Beratungen aufnehmen. Man rechnet, daß er die Vorlage nach verschiedenen Richtungen ändern wird, wodurch es der bayrischen Volkspartei ermöglicht werden soll, ihren Widerstand aufzugeben. Die Vorlage wird dann voraussichtlich in den nächsten Tagen im Plenum zur Beratung kommen.

Preßgesetzlich verantwortlich:
für den politischen und wirtschaftspolitischen Teil der Hauptschriftleiter Heinrich Dietz; für die Rubrik „Westfälische Heimat" Peter Werland; für Anzeigen W. Grub, sämtlich in Münster.

MFA
Mikrofilmarchiv
der deutschsprachigen Presse e.V.



Der gesuchte

DIXI

Fischer & Co., Münster i. W., Hagedornstrasse 2
Telefon Nr. 2622

Die glückliche Geburt eines kräftigen
Jungen
zeigen sehr erfreut an
Prof. Dr. Ludwig Mecking u. Frau
Else geb. v. Starck.
Münster i. W., den 12. März 1921
Herrdestraße 28

Vertreter
für **Umgebung Münsters** gesucht, der für engro Geschäft, Filiale übernehmen würde. Auch übernehmen wir gegen Vergütung dessen Lager. Sicherheit erforderlich.
Offerten unter **Nr. 3015** an die Exped. dieses Blattes.

Eilbeförderung und Lagerung von Gegenständen aller Art
Schwarze Radler
Königstraße 9 — Fernruf 1011

Makrel-Bückinge
Pfund 3.— Mark
Heinrich Hill

J. N. Joka
Münster i. Westf.
Bohlweg 97.
Säge- u. Mahlmühle m. Dampfbetrieb
Holzhandlung und Tischlerei.
empfiehlt
Eichen- und Buchen-Schnittmaterial.
Eichen- und Pappeln-Fournier.

Westf. Gemälde-Ausstellung
C. Heilborn Nachf. J. G. Sander
Ludgeristraße 61
Gemälde • Aquarelle • Graphik
Besichtigung zwanglos.

Anfertigung feinster Damengarderobe
für Haus, Straße und Gesellschaft, sowie
eleganter Damenhüte
in Tagal, Seide, Tüll.
Große Auswahl in allen Putzzutaten.
Umarbeitung von alten Sachen
prompt, sorgfältig, billigst.
H. A. Krieter
Damenputz u. Damenschneiderei
Servatiipl. neben Hotel Monopol.

Meta lwarenfabrik
Chr. Carl Niemann, Münster i. W.
Dreherei, Fräserei, Hoblerei.
Sämtliche Reparaturen an Maschinen spez. landwirtschaft ichen Maschinen. Eigene Metallgießerei
Kontor- und Fabrikräume:
Hammerstrasse 160, Fernruf 1685

Gebrüder Knake
Gegr. 1868 Servatiiplatz Fernruf 179
Flügel • Pianos • Harmoniums
Klavierspie apparate „PHONOLA“
Stimmungen und Reparaturen.

Große Deutsche Volkspassion-Schützenhofsaal
(Das alte Oberammergauer Passionsspiel)
Täglich abends 7½ Uhr bis 20. März, außerdem am 16., 19 und 20. März auch nachmittags 2½ Aufführungen.

Zur Kenntnisnahme.
Das am Mittwoch, 16. 3. stattfindende
Wagner-Konzert
(Dirigent:
Siegfried Wagner, Bayreuth)
beginnt 7 Uhr
nicht 7½ Uhr

Röbers
Bier-,
Wein- u. Frühstücksstuben
Münster i. W.
Prinzipalmarkt 13/14 - Fernspr. 140
Vornehmes Bier- u. Wein-Restaurant.
Im 1. Stock: Separate Likörstube.
Nachmittags und abends:
Künstler-Konzert.
Mokka - ff. Gebäck - Tee

Roland-Theater
Ab Dienstag nur drei Tage!
Rekord-Programm!
Berlins beliebtester Filmschauspieler
Bruno Kastner
spricht
zum 2. Teil seines Monumentalfilmwerks
Der König von Paris
Jeder, der Bruno Kastner im Film kennt, wird sich die Gelegenheit nicht nehmen lassen wollen, ihn persönlich kennen zu lernen.
Dazu der große Bassermann-Film:
Der Frauenarzt
Es erübrigt sich, über den neuen Bassermann-Film ein Wort zu verlieren. Die Bassermann-Filme bilden eine Klasse für sich.
Ferner die neuesten Ereignisse aus aller Welt in der
Meßterwoche.
Beginn der Vorstellungen:
3, 5½ und 8 Uhr.
Des zu erwartenden großen Andranges wegen bitten wir unsere verehrten Gäste, möglichst schon die Nachmittags-Vorstellungen zu besuchen.

Münchener Lodenmäntel
Münchener Lodenpelerinen
Continental - Gummimäntel
Continent. Gummipelerinen
Englische Gummimäntel.
Vom Guten das Beste und zu Vorzugspreisen.
Kr. Timpen 17/19 **RUTTER** Kr. Timpen 17/19
Kaufhaus für Gelegenheitskäufe

Bekanntmachung.

Diejenigen Steuerpflichtigen, welche mit der Zahlung der Grundsteuer, Entwässerungsgebühr, Müllabfuhr und Straßenreinigungsbeiträge, sowie des Zuschlages zur staatlich veranlagten Grund- und Gebäudesteuer, Gewerbesteuer, Hundesteuer und Betriebssteuer für das Rechnungsjahr 1920 im Rückstande sind, werden hierdurch aufgefordert, innerhalb drei Tagen Zahlung zu leisten, andernfalls der Betrag im Wege des Verwaltungszwangsverfahrens eingezogen wird.

Münster, den 14. März 1921.

Städtische Steuerkasse
als Vollstreckungsbehörde.

Münster,
16. März 1921

Westfälische Heimat

Beilage
der „Westfälischen
Tageszeitung"

Westfalens Hauptstadt.

Münster, den 16. März

63. Westf. Provinzial-Landtag.

III.

Münster, 15. März.

Vierte Vollsitzung.

Das Haus ist vollzählich besetzt, die Tribünen sind stark besetzt.

Um 4 Uhr 15 Minuten eröffnet Präsident Hamm die Sitzung.

Zunächst werden die

Wahlen zum Staatsrat

vorgenommen. Ursprünglich lagen dafür fünf Wahlvorschläge vor. Der der Unabhängigen ist zurückgezogen worden, sodaß noch bestehen bleiben die Wahlvorschläge 1 (der Zentrumsfraktion: Dieckmann), 2 (Vereinigung Beuckenberg), 3 (Mehrheitssozialdemokraten: Mehlich), 4 (vereinigte Kommunisten: Herbst). Nach Namensaufruf treten die einzelnen Abgeordneten an die Wahlurne heran, um ihre Stimme abzugeben. Im Hause herrscht lebhaft Unruhe.

Präsident Hamm stellt fest, daß 134 Stimmen abgegeben worden sind. Es entfallen auf die Liste Dieckmann (1) 52, Liste Beuckenberg (2) 29, Liste Mehlich (3) 39 und auf die Liste Herbst (4) 14 Stimmen. Es haben danach anscheinend die beiden Polen für das Zentrum, die sechs Demokraten und vier Unabhängige für die Sozialdemokraten und zwei Unabhängige für die Kommunisten gestimmt. Von den neun Sitzen, die der Provinz im Staatsrat eingeräumt sind, entfallen auf die Liste 1 (Dieckmann) 4, Liste 2 (Beuckenberg) 2, Liste 3 (Mehlich) 2, Liste 4 (Herbst) 1 Stimme. Bei der Zuteilung der Stimmen entstand ein Meinungsunterschied wegen Zuteilung des neunten Sitzes zur Liste 1 oder 3. Der Vorsitzende entscheidet darüber durch das Los zu Gunsten der Liste Dieckmann.

Gewählt sind als Mitglieder von der Liste 1: Landeshauptmann Dieckmann, Stadtrat Gilsing, Stadtrat Dr. Kaiser, Freiherr von Oer; Liste 2: Geh. Baurat Dr. Beuckenberg-Dortmund, Landrat Schulze Pelkum-Hamm; Liste 3: Reichs- und Staatskommissar Mehlich, Stadtrat Schreck; Liste 4: Pflegehausverwalter Herbst; als Stellvertreter: von der Liste 1: Dr. Reineke, Isenrath, Frau Driessen, Schoenkaes; Liste 2: Windthorst-Hamm, Haas-Siegen; Liste 3: Dr. Vorlaender, Rawinski; Liste 4: Nölle. Außerdem eine Anzahl Ersatzmänner.

Die Gewählten nehmen die Wahl an.

Wahl der Ausschüsse für den nächsten Landtag.

Berichterstatter Dr. Reineke beantragt, die gesamten, jetzt gewählten Ausschüsse auch für die nächsten Tagungen bestehen zu lassen. Außerdem beantragt er, daß jedes Mitglied berechtigt sein soll, sich durch ein anderes Mitglied des Provinziallandtages in der Sitzung vertreten zu lassen. Die Anträge werden einstimmig angenommen.

Von der Wahl eines besonderen Ausschusses zur Vorberatung des Gesetzentwurfes über die Erweiterung der Selbständigkeitsrechte der Provinzen wird abgesehen und die Angelegenheit dem um zehn Mitglieder und zehn Stellvertreter erweiterten Provinzialausschuß überwiesen.

Erhebung einer Provinzial-Nachsteuer für 1920

Berichterstatter Abg. Gerbaulet erläutert zunächst eingehend die Gründe, die zu dieser Vorlage geführt haben und begründet dabei folgenden Antrag des Haushaltsausschusses: „Provinzial-Landtag spricht sein lebhaftes Bedauern darüber aus, daß die Verkündung des Ausführungs-Gesetzes zum Landessteuergesetz über Gebühr verzögert ist, und daß es dadurch in den meisten Fällen unmöglich geworden ist, bis zum Ablauf des laufenden Steuerjahres fristund formgerecht Nachsteuerbeschlüsse zu fassen. Er fordert, daß mit größter Beschleunigung durch Gesetz die Frist, Nachsteuern beschließen zu können, um mindestens einen Monat verlängert wird, und erwartet die sofortige Zusage, daß die Regierung dem Landtage den Entwurf eines solchen Gesetzes vorlegen will." Außerdem folgenden Antrag des gleichen Ausschusses: „Der Provinzial-Landtag erwartet von der Staatsregierung und dem Preußischen Landtage, daß bei der künftigen gesetzlichen Regelung der Steuerverhältnisse den Gemeinden und Gemeindeverbänden die alleinige und volle Ausnützung der Realsteuern gewahrt bleibt, da diese Kommunalverbände sonst in ihrer Lebensfähigkeit vernichtet werden." Schließlich faßt er seine gesamten Ausführungen in folgenden Antrag des Provinzialausschusses zusammen: „1. Der Steuerumlagebeschluß des 62. Provinziallandtages vom 8. Mai 1920 wird dahin abgeändert, daß zur Deckung des Steuerbedarfs für 1920 als Ersatz für den Ausfall an Einkommensteuer eine Provinzialsteuer in Höhe von weiteren 53 vom Hundert des für die Verteilung der Provinzialsteuern zugrunde zu legenden Realsteuersolls nach dem Stande vom 1. Januar 1920 erhoben wird. 2. Das Fortbestehen der Abgabe von der Beförderung der Kohle im Landabsatzwege ist eine dringende Notwendigkeit und muß solange gewährleistet werden, als die übermäßige Inanspruchnahme der Straßen durch die Kohlentransporte andauert. 3. Der Provinzialausschuß wird ermächtigt, für das erste Vierteljahr des Rechnungsjahres 1921 die Verwaltung nach den Haushaltsplänen für 1920 zu führen."

Abg. Berkemeyer (Vgg.) gibt zu erwägen anheim, ob die Kreise, die von dieser Nachsteuer besonders betroffen werden, sie auch tragen können, und beleuchtet dies namentlich vom Standpunkte des Hausbesitzes aus. Dabei tritt er für die Erweiterung der Höchstmietegrenzen nach oben hin ein. Die durch die übermäßige Inanspruchnahme des Hausbesitzes hervorgerufene Vernachlässigung der Häuser sei im Interesse des Nationalvermögens dringend zu bedauern.

Präsident Hamm macht darauf aufmerksam, daß die Frage der Höchstmieten nicht zur Beratung steht.

Abg. Stolzenburg (Komm.) sieht natürlich in dieser Notlage die Folge des heutigen „falschen Systems". Sein ceterum censeo ist wieder Propaganda für seine Partei und Ablehnung der Nachsteuer.

Abg. Funcke (Vgg.) beantragt einen Zusatzantrag zum 2. Teil des Antrages des Provinzialausschusses zu ergänzen: „oder bis die Kosten auf andere Weise aufgebracht werden können."

Abg. Stocken (Dem.) ist dafür, daß die Kosten der Kohlentransporte auf Landwegen auf die Allgemeinheit umgelegt werden.

Abg. Bieth (US.) spricht sich für die Vorlage aus.

Unter Ablehnung des Antrages Funcke wird den übrigen Anträgen und der Vorlage zugestimmt.

Eingemeindung von Langerfeld und Nächstebreck nach Barmen.

Die Angelegenheit stand bereits im 62. Provinziallandtag zur Beratung. Dabei wurde die Eingemeindung abgelehnt. Jetzt liegt folgender Antrag des Provinzialausschusses vor: „Provinziallandtag wolle beschließen: 1. es wird ein Ausschuß gewählt zur Vorberatung von Vorlagen der Staatsregierung, welche sich auf Grenzveränderungen zwischen Westfalen und der Rheinprovinz beziehen. 2. Provinziallandtag sieht sich, nachdem der 62. Provinziallandtag am 7. Mai vor. Js. sich einmütig gegen eine Eingemeindung der Gemeinden Langerfeld und Nächstebreck nach Barmen erklärt hat und seitdem keine Umstände hervorgetreten sind, die eine veränderte Stellungnahme rechtfertigen könnten, nicht in der Lage, ohne eine erneute Prüfung Stellung zu der Frage zu nehmen; Provinziallandtag ist aber damit einverstanden, daß der zu 1 zu wählende Ausschuß die Frage prüft und dem 64. Provinziallandtag gutachtlich berichtet." Dazu wird 1. ein Antrag Krausener — Windthorst empfohlen: „Der Provinzialausschuß wird mit der Vorberatung von Vorlagen der Staatsregierung und sonstigen Anträgen Beteiligter, welche sich auf Grenzänderungen zwischen Westfalen und der Rheinprovinz beziehen, beauftragt unter Zuziehung der Provinziallandtags-Abgeordneten, welche in den etwa in Betracht kommenden Kreisen oder Bezirken wohnen"; 2. folgender Zusatzantrag zu Abs. 2 des Antrages des Provinzialausschusses: „Hierbei wird insbesondere auch zu prüfen sein, ob für den Fall der Zustimmung zur Eingemeindung dem Antrage der Stadt Schwelm auf Eingemeindung eines Teiles des Gebiets an die Stadt Schwelm stattzugeben ist."

Die Abg. Oettinghaus (US.) und Stolzenburg (Komm.) treten für Kommissionsberatung ein; die Wünsche der Gemeindeeingesessenen müßten hierbei ausschlaggebend sein.

Abg. Stocken (Dem.) begrüßt, daß die Angelegenheit im Interesse der Gemeinden erledigt werden soll.

Vergütung des Verdienstausfalls der Abgeordneten.

Abg. Oettinghaus (US.) tritt für den von seinem Fraktionsgenossen Bieth gestellten Antrag ein, der schon den vorigen Landtag beschäftigt hat. Er will, daß den Abgeordneten, die im Arbeitsverhältnis stehen, der ganze Lohnausfall ersetzt wird.

Abg. Lensing (Ztr.) ist der Ansicht, daß der Provinzialausschuß die Angelegenheit prüfen soll. Er beantragt Vertagung und Ueberweisung an den Provinzialausschuß mit der Aufgabe, dem nächsten im Mai stattfindenden Provinziallandtage eine Vorlage über den Antrag Bieth und Genossen zu machen und auch über die rückwirkende Kraft zu befinden.

Abg. Haesmann (M.-S.) wünscht eine Erklärung, daß grundsätzlich die Diäten gezahlt werden.

Die Abg. Cuno (Dem.) und Stolzenburg (Komm.) sind gleichfalls für den Antrag.

Die Abg. Lensing (Z.) und Mehlich (M.-S.) erklären, daß die großen Parteien für die Ueberweisung an den Provinzialausschuß seien.

Abg. Oettinghaus (US.) will den nachweisbar entgangenen Lohnausfall entschädigt wissen und beantragt das.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Die Vertagung der Angelegenheit und Ueberweisung an den Provinzialausschuß wird nach Gegenprobe beschlossen.

Einrichtung einer Jugendherberge.

Abg. Bergmann begründet folgenden Antrag des Provinzialausschusses, durch den der Provinz eine Gesamtaufwendung von rund 200 000 Mark erwachsen werden: „Provinziallandtag genehmigt den Ankauf der Wilke'schen Besitzung in Hohensyburg auf Grund des Angebotes vom 27. Januar d. Js. zum Kaufpreis von 165 000 Mark und ist damit einverstanden, daß die Mittel hierfür einschließlich der Nebenkosten sowie für die zur Einrichtung der Jugendherberge noch erforderlichen Umbauten, Ergänzungen und Instandsetzungsarbeiten aus der vom 62. Provinziallandtage bereits bewilligten Anleihe „für die Ausführung von Neu- und Erweiterungsbauten bei verschiedenen Provinzialanstalten" entnommen werden." Der Haushaltsausschuß ist für die Annahme der Vorlage.

Die Zustimmung wird erteilt.

Umbau der Ruhrbrücke bei Oeventrop.

Abg. Jütte berichtet über die Vorlage und befürwortet folgenden Antrag des Provinzialausschusses: „Provinziallandtag wolle genehmigen, daß die Ruhrbrücke bei Oeventrop entsprechend dem vorgelegten Entwurf und Kostenanschlag umgebaut und der hierfür erforderliche Geldbetrag von 1 200 000 Mark im Wege der Anleihe bei der Landesbank beschafft wird. Die Anleihe ist mit dem für Kommunaldarlehn üblichen Zinsfuß zu verzinsen und mit 2 Prozent zu tilgen."

Die Vorlage wird einstimmig angenommen.

Rückerstattung der Armenpflegekosten.

Abg. Haerten erläutert als Berichterstatter die Vorlage wegen Aenderung des Tarifs der von den Armenverbänden zu erstattenden Armenpflegekosten und befürwortet einen Antrag des Haushaltsausschusses, der den des Provinzialausschusses ersetzen soll. Darin heißt es: 1. Provinziallandtag stimmt dem Entwurf einer Aenderung des Armenpflegetarifs mit der Maßgabe zu, daß den erstattungsberechtigten Armenverbänden in Ortsklasse A. 700 Prozent, in den Ortsklassen B. und C. 600 Prozent, in den Ortsklassen D. und E. 500 Prozent der in dem Tarife vom 30. November 1910 vorgesehenen Sätze zugebilligt werden (ferner sind einige weitere kleine Aenderungen vorgesehen); 2. Provinziallandtag überträgt das ihm in § 35 des Preußischen Ausführungsgesetzes zum Unterstützungswohnsitzgesetze zugesprochene Aeußerungsrecht zu den Tarifverhandlungen dem Provinzialausschuß.

Abg. Schneider-Dortmund (US.) wünscht Sätze von 1000 Prozent für die Klassen A. und B. und 800 Prozent für C. und D.

Die Vorlage wird angenommen.

Vornahme von Bauten an den Provinzialanstalten in Münster und Bochum.

Ueber die Ausführung von Neu- und Erweiterungsbauten bei der Provinzialheilanstalt Münster und der Hebammen-

Theater — Musik — Kunst.

Stadttheater.

Undine. Zauberoper in vier Aufzügen von Albert Lortzing.

„Undine" ist von alters her die Lieblingsoper der Münsteraner. Ich habe mich daher aufrichtig gefreut, daß sie endlich — wenn auch als Lückenbüßer für den krankheitshalber vom Spielplan abgesetzten „Lohengrin" — erschien; denn gerade „Undine" möchte ich in keiner Spielzeit entbehren. Keine Oper kann wie sie einen solch duftigen Zauberkreis um sich verbreiten, wenn sie gut vorbereitet ist und tüchtige Kräfte die einzelenen Rollen vertreten. Aber weder das eine noch das andere war am Sonntag abend der Fall. Nicht einmal szenisch befriedigte diese Aufführung ganz. Und die Vertreter der einzelnen Rollen? Frau Elfriede Schneider-Overhoff gab gesanglich eine gute Undine; auch schauspielerisch wußte sie den Text gut auszudeuten, namentlich in dem Quintett des ersten Aktes. Gesanglich gefiel mir besonders die große Arie des zweiten Aktes, am wenigsten jedoch das so innige Abschiedslied am Schlusse des ersten Aktes. Warum blieb denn ihr heiteres Lachen aus, als sie dem Veit gleich zu Anfang den Schabernack spielte? So wirkte dies zu tot. Vom Ritter Hugo von Ringstetten, den, wie gesagt wurde, der Heldentenor Charles Hein vom Stadttheater Osnabrück sang, ist nur zu berichten, daß er anscheinend gutes Stimmaterial hat. Sein ganzes Auftreten aber hätte selbst einer Generalprobe nicht zur Ehre gereicht. Man kann seine ganze Interpretation nur ein Markieren nennen; er kann weit besseres, das merkte man, und darum muß gegen eine solche Behandlung des münsterischen Publikums entschieden Verwahrung eingelegt werden. Etwas mehr Gefühl hätte er wirklich wohl zeigen dürfen. Die Berthalda ist eine sehr undankbare Rolle. Helene Strecker gab sich Mühe, ihr gerecht zu werden, und es gelang ihr recht gut. Der mächtige Wasserfürst Kühleborn war bei Guido Herper in guten Händen. Seinem mächtigen Heldenorgan liegt diese Machtrolle, auch seine Kostüme waren gut gewählt. Gesanglich befriedigte er so sehr, daß er nach der Arie „An des Rheines grünen Ufern" stürmisch hervorgerufen wurde. In den Ensemblesätzen wußte er sich, wie immer, trefflich zu meistern. Paul Hackland gab den Pater Heilmann mit Würde und Wohlklang. Ein frischer, stimmlich gewandter Schildknappe Veit war Hugo Nikolaus, wenn auch sein Lied „Vater, Mutter, Schwester, Brüder" mir nicht sonderlich zusagte. Mehr Innerlichkeit! Auch Richard Waldens Kellermeister Hans gefiel recht gut. Das Spiel der beiden letzteren war flott; man rief sie wiederholt. Sie waren auch gut aufeinander eingespielt. Der Frauenchor war leidlich, der Herrenchor manchmal unerträglich. Szenisch blieben allerhand Wünsche unerfüllt. Dagegen verstand es Max Huesgen, aus dem Orchester die Feinheiten vorzüglich herauszuholen. Namentlich die Streichinstrumente, besonders die Geigen und die Holzbläser sauber und rein, sodaß hier wenigstens kein Wunsch unerfüllt blieb. P. W.

Die Niederdeutsche Woche.

Berlin, 14. März.

Die Niederdeutschen Groß-Berlins hielten Ruhetag. Nach dem Trubel des Festabends vom Mittwoch zog man sich in die stillen gemütlichen Heime der verschiedenen Landesmannschaften zurück. In diesen erst kann man erkennen, wie fest die Landleute in der Reichshauptstadt zusammenhalten, wie niederdeutscher Geist und niederdeutsches Wesen gepflegt werden. In den meisten der Vereine ist es Brauch, daß nur plattdeutsch gesprochen wird. Die Mitgliederzahlen gehen oft in die Tausende, die Vereine, die nicht eigene Räume besitzen, haben sich wenigstens in Wirtshäusern Zimmer so heimisch als möglich gemacht, in denen sie ihre ständigen Sitzungen abhalten. In diesen Vereinsheimen sieht man schwergeschnitzte Möbel, die vielleicht einmal in einem Emdener oder Lüneburger Patrizierhause gestanden haben. Manche der Räume gleichen einem Museum, nicht nur Möbel und Hausgeräte stehen und hängen an den Wänden, sondern auch Kästen und Schränke, die botanische und zoologische Sammlungen enthalten. Einige der Vereine besitzen reichhaltige Sammlungen von Volkstrachten. Ursprünglich waren die landsmannschaftlichen Vereinigungen nur Geselligkeitsvereine. Im Laufe ihres Bestehens hat sich ihr Betätigungsfeld erheblich erweitert. Zum Teil gewähren die Vereine ihren Mitgliedern wirtschaftliche Vorteile, haben Unfall- und Sterbekassen eingerichtet und gewähren an in Not geratene Mitglieder Darlehen. Die Hauptsache bleibt natürlich immer die Pflege der landsmannschaftlichen Geselligkeit. Zu diesem Zwecke werden Vergnügungen aller Art veranstaltet, plattdeutsche Theaterstücke aufgeführt u. a. m. Einige größere der Vereine besitzen auch Unterabteilungen, wie der „Verein der Schleswig-Holsteiner von 1888". Der Männerchor dieses Vereins hat sich des öfteren nämlich hervorgetan, so auch bei den bisherigen Veranstaltungen der „Niederdeutschen Woche".

Der „Niederdeutsche Kunstabend" im Bechsteinsaal ist als ebenso gelungen zu bezeichnen, wie die vorhergehenden Veranstaltungen der Niederdeutschen Woche. Das Programm enthielt als erste Nummer eine Uraufführung aus dem Manuskript von Gustav Jenner (geb. 1865 in Keitum auf Sylt, gest. 1920 in Marburg a. d. Lahn), „Nachtwache", vier Gesänge mit Texten von Fr. Rückert für Sopran, Violine, Viola, Horn und Klavier. Aufführende waren Minna Ebel-Wilde (Sopran), Hedwig Raabe-Griesel (Alt), Adalbert Gülzow (Violine), Max Freund (Viola), Paul Rembt (Horn), und Arnold Ebel (Klavier). Sämtliche Künstler gehören der Berliner Niederdeutschen Musikvereinigung an. Die Lieder des leider wenig bekannten, er starb wenigen Monaten verstorbenen Komponisten zeichnen sich durch tiefes Eindringen in die Dichtungen aus. Die Wiedergabe war vorzüglich; Sopran und Geige sind besonders zu erwähnen. Frau Raabe-Griesel zeigte, daß ihr Brahmslieder besonders liegen. Ihr Alt ist weich und von dunkler Fülle. Minna Ebel-Wilde sang die „Quickborn-Lieder" ihres Gatten Arnold Ebel. Seitdem ich die Sängerin zum letztenmal hörte, hat sich ihr heller, metallisch klingender Sopran nur zu seinem Besten entwickelt. Mit dem Vortrage des „Quickborn" wie der von Adalbert Gülzow vertonten plattdeutschen Lieder bewies Frau Ebel-Wilde, daß die plattdeutsche Sprache sich nicht nur für das Volkslied, sondern auch für den Künstlergesang eignet. Duette für Sopran und Alt mußten zum Teil wiederholt werden. Arnold Ebel war ein sicherer Begleiter.

Während der Pause richtete Archivar Dr. Boysen einige Worte an die Anwesenden, in denen er darlegte, daß der Vorwurf, es sei jetzt nicht die Zeit zum Festefeiern, auf die Niederdeutsche Woche nicht zutreffe. Man will den deutschen Brüdern im abgetrennten Lande zeigen, daß man sie nicht vergißt, wir wollen ihnen die Hoffnung geben, daß sie dereinst wieder dem großen deutschen Reiche angehören werden, daß sie frei sein werden von der Fremdherrschaft, denn „Der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte!" (Stürmischer Beifall.)

A. H. Wolfuzihn.

* **Das neue Ufer.** Am 10. März eröffnete in Osnabrück die Arbeitsgemeinschaft niedersächsischer Künstler ihre erste Ausstellung. Dieselbe umfaßt Plastiken, Gemälde und Graphik und wird als Wanderausstellung alle größeren Städte Nordwestdeutschlands berühren. Vom 1. bis 15. April ist die Ausstellung im Landesmuseum zu Münster zu sehen.

MFA Mikrofilmarchiv der deutschsprachigen Presse e.V.

lehranstalt Bochum berichtet Abg. Windhorst. Er führt dabei u. a. aus, daß für Münster die Errichtung eines neuen Verwaltungsgebäudes und einer eigenen Bäckerei in Aussicht genommen ist. Der Provinzialausschuß beantragt, zu beschließen: „1. Provinziallandtag genehmigt die Vorschläge zur Abänderung und Ergänzung des Programms über den weiteren Ausbau der Provinzialheilanstalt Münster und die Erhöhung der hierfür bereits vom 57. Provinziallandtag im Jahre 1916 genehmigten Anleihe um 2 300 000 Mark. 2. Provinziallandtag genehmigt die Vorschläge für Erweiterungsbauten und technische Verbesserungen bei der Hebammenlehranstalt zu Bochum und ist damit einverstanden, daß die erforderlichen Mittel durch entsprechende Erhöhung der vom 62. Provinziallandtage in 1920 bewilligten Anleihe für Bauausführungen bei verschiedenen Provinzialanstalten um etwa 330 000 Mark bereitgestellt werden. 3. Provinziallandtag genehmigt den Ankauf des von der Stadt Bochum angebotenen Geländes östlich der Hebammenlehranstalt in Größe von etwa 1 Hektar 57 Ar 50 Quadratmetern unter den vorgelegten Bedingungen und stellt die erforderlichen Mittel aus dem Grundstücksankaufsstock zur Verfügung." Der Haushaltsausschuß empfiehlt die Annahme und beantragt dann, den beiden genannten Anstalten den Namen Landes-Frauenklinik zu geben. In Bochum ist die Einrichtung eines Säuglingsheims in Aussicht genommen. Nach kurzer Aussprache wird der Vorlage zugestimmt.

Aenderung von Pflegesätzen.

Als Berichterstatter referierte Abg. Dr. Rensing den Bericht des Provinzialausschusses über die Aenderung der Pflegesätze bei verschiedenen Provinzialanstalten, die zwischen 60 und 160 Prozent erhöht werden.

Ohne Aussprache wurde der Bericht durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt.

Dann wurde die Sitzung abgebrochen.

Nächste Sitzung (Schlußsitzung) Mittwoch morgen 9 Uhr mit dem Rest der Tagesordnung. Schluß 7.30 Uhr.

Stadtparlament.

Sitzung vom Dienstag, 15. März.

Die Siedlungen der Kriegerheimstättengesellschaft — Noch keine Entscheidung.

Um 5 Uhr hat das Kollegium angefangen, „geheim" zu tagen. Es ist bereits nach 6 Uhr, wir stehen und warten vor der geschlossenen Tür. Es wird 6.30 Uhr, wir warten immer noch und haben uns die Beine bereits müde gestanden. Endlich — aber es wird auch die höchste Zeit — öffnet sich um 6.45 Uhr die Tür zum Sitzungssaal. Warum wir uns die schöne Zeit vertrödelt haben, wissen wir nicht, und wir fragen höflichst beim Stadtv. Vorsteher an, ob das häufiger vorkommen soll. Dann mag er den Anfang auf einen späteren Zeitpunkt ansetzen, wir kommen später. Kommt es aber doch noch mal vor, legen wir keinen Wert darauf, Zeit zu vergeuden, und „streiken" einfach.

Es scheinen Sensationen zu erwarten sein, der Zuhörerraum ist brechend voll und das Kollegium ziemlich vollzählig zusammen. Nur fehlt zu unserm Bedauern Stadtv. Engberding, der im Provinziallandtag weilt. Man hätte den Rat des Finanzmannes heute nötig.

Voraus geht die Einführung und Verpflichtung des zum besoldeten Magistratsmitgliede gewählten Mag. Assessors Kohlschein. Dann genehmigt das Haus gegen die Stimmen der Rechten, Privatangestellten und einiger Zentrumsmänner den Ankauf von Aktien des Hotels „König v. England" mit der Abänderung des Magistratsantrages, die Kaufsumme um 200 000 Mark zu ermäßigen.

In 2. Lesung steht nun der Verkauf von Grundstücken aus dem Gelände von Haus Geist an die Kriegerheimstättengesellschaft auf der Tagesordnung. Dies wirbelt den nötigen Staub auf. Das in der letzten Sitzung angeforderte Gutachten über die Wasserversorgung liegt vor und erregt starke Besorgnis. Man fragt sich mit Recht, wie kann man dort siedeln, wo nur ungenügend Wasser vorhanden ist. In sehr trockener Zeit sollen auf dem Gelände die Brunnen versiegen. Bis Haus Geist soll allerdings, wie Stadtrat Fulda in einer längeren Rede mitteilt, eine Wasserleitung von der Stadt aus gelegt und zwischen der Bahn nach Wanne sollen Zapfstellen errichtet werden. Stadtrat Fulda führt seine Erläuterungen weitläufig aus und spricht für die Streusiedlung, die dem Charakter des Westfalen mehr entspricht als die Dorfsiedlung. Man horcht auf, als er mitteilt, daß der Staat nur für 80 von 500 Wohnungen Zuschuß leisten wird.

Stadtv. Humperdink (Z.) scheint für Landwirtschaft und Psychologie Vorliebe haben. Er weist auf die großen Kosten für die Bearbeitung des Landes hin und malt in tragischen Tönen die Gefahren für die kranken Kriegsinvaliden, die sich in die Einsamkeit zurückziehen wollen, anstatt unter gesunden Menschen zu bleiben. Er weiß aber nicht, daß gerade unsere Krieger (es sind nicht nur Invaliden) dort in der Siedlung wieder Freude am Dasein sich erringen wollen. Stadtbaurat Tormin ist ein großer Optimist. Er hat gegen die Siedlung gar keine Bedenken mehr, seitdem er weiß, daß mit dem Bau erst in ein bis zwei Jahren begonnen werden soll. Dann würden die Kosten für die Einrichtung der Licht- und Wasserversorgung bedeutend billiger sein, da die Preise für Materialien doch jetzt fallen (?) würden. Abg. Nellissen (Z.) bringt den Antrag ein, den Verkauf der Gelände vorab zu genehmigen, wo sofort eine Versorgung mit Wasser seitens der Stadt möglich ist. Stadtv. Duhme (S.) redet sich dann für sofortige Verabschiedung der Vorlage aus. Seine Ausführungen gehen aber oft im Gemurmel des Hauses unter, sodaß die Glocke des Vorstehers Ruhe verschaffen muß. Bis jetzt ist außer bei den Sozialdemokraten noch wenig Sympathie für eine sofortige Verabschiedung vorhanden, das Gespenst der schlechten Wasserversorgung schreckt noch zu sehr ab. Die Sozialdemokraten scheinen auch bei dieser Vorlage Stimmenfang unter den Kriegersiedlern im Auge zu haben. Aber sie haben kein Glück, denn bei der Licht- und Wasserkalamität wird sich jeder vernünftig denkende Siedler für die sozialdemokratische Nächstenliebe bedanken und dagegen auf die Vorschläge gewiegterer Wirtschaftspolitiker hören.

Prof. Hoffmann (DN.) ergreift nun das Wort. Er schlägt vor, die Kriegerheimstättengesellschaft sich verpflichten zu lassen, zunächst den nördlichen Teil des Geländes zu bebauen und mit dem Rest solange zu warten, bis die Versorgung mit Wasser und Licht gesichert ist. Das ist am Abend das erste vernünftige Wort. Stadtv. Nellissen spricht allerdings dagegen, um seinen Antrag zu retten.

Es herrscht aber im Kollegium noch keine vollständige Klarheit über die Vorlage. Es soll daher am Freitag den Stadtverordneten ein Belehrungsvortrag gehalten und die Angelegenheit erst am Mittwoch nächster Woche in 3 Lesung entschieden werden. Das Haus vertagt sich um 9.30 Uhr auf nächsten Freitag. G. F.

* **Die Freie Politische Vereinigung** der Studierenden der hiesigen Universität hat sich nach der allgemeinen Mitgliederversammlung vom 22. Februar 1921 aufgelöst. Der wichtigste Grund, der zum Beschluß der Auflösung führte, ist die schwierige finanzielle Lage, in der sich die Vereinigung durch den Rückgang der Mitgliederzahl befand.

x **Ein neuer Dieb.** Auf dem städtischen Lohnbüro das im ehemaligen Hotel Renne untergebracht ist, vermißte man am Freitag 75 Lohntüten mit einem Inhalt von 29 279 Mark. Zwar waren mehrere Personen des Diebstahls verdächtig; doch konnte er bisher niemandem nachgewiesen werden. Am Freitag vormittag gegen 9.30 Uhr erschien auf dem Kriminalbüro der „Vater hinter der Uhr" vom Dom und brachte den ganzen Betrag zurück; es fehlten vielleicht 5 Mark daran. Sie seien ihm, so erklärte er, zur Rückerstattung übergeben worden.

x **Gestohlen** wurde in einer Fabrik am Bohlweg ein beträchtlicher Posten Benzol. Mehrere Chauffeure sind als Täter ermittelt worden. Ein Posten Benzol hat wieder herbeigeschafft werden können. — In einem Geschäft an der Heisstraße wurde am Dienstag morgen gegen 4 Uhr von zwei jungen Burschen die Spiegelscheibe durch Einschlagen zertrümmert und eine große Schüssel mit Eiern gestohlen.

x **Beschlagnahmte Schieberware.** In einem Geschäfte an der Kanalstraße wurde ein großer Posten Gespinst beschlagnahmt: acht Stück Bettlaken, sieben Rollen Handtuchgebild und 70 Handtücher. Sie waren bei Spratel aus einem von Emsdetten kommenden Zuge geworfen und von den Hehlern an das genannte Geschäft verkauft worden.

* **Die Steuerpflichtigen,** welche bisher die Grundsteuer, Entwässerungsgebühren, Müllabfuhr und Straßenreinigungsbeiträge, sowie den Zuschlag zur staatlich veranlagten Grund-Gebäudesteuer, Gewerbesteuer, Betriebssteuer und Hundesteuer für das Rechnungsjahr 1920 noch nicht eingezahlt, werden an die Zahlung unter Hinweis auf die heutige Bekanntmachung in dieser Nummer erinnert.

* **Das Roland-Theater** hatte am Dienstag einen seiner großen Tage. Neben dem qualitativ hochstehenden Bassermann-Film „Der Frauenarzt", der sich hauptsächlich mit einem psychologischen Problem befaßt, läuft der 2. Teil des Sensationsfilms „Der König von Paris". Hierzu ist der beliebte Berliner Filmschauspieler Bruno Kastner persönlich verpflichtet worden, wodurch das Programm eine besondere Note erhält.

Mitteilungen der städtischen Ortskohlenstelle.

Die Zeche Radbod teilt mit, daß vom 14. d. Mts. ab eine Abgabe von Kohlen im Landabsatz bis auf weiteres nicht erfolgen kann. Koks wird weiter abgegeben. Vor Entsendung von Fahrzeugen sei es jedoch ratsam, telefonisch (Hamm 1018) bei der Zeche Rückfrage zu halten, ob wegen den Andranges der Abgabe von Koks nichts im Wege stehe.

Hinweise auf Veranstaltungen.

Westfälische Gesellschaft für Familienkunde. Freitag, den 18. d. Mts., abends 8.15 Uhr, in der Ratsschenke wird Stadtarchivar Dr. Schulte über Familienkundliches aus der Grafschaft Mark sprechen.

Verbreitungsbezirk.

* **Bochum,** 15. März. (Der Erkenschwicker Millionenraub vor den Geschworenen.) Das Drama, das eine Woche lang die Gemüter in Spannung gehalten hatte, ist zu Ende. Am Montag abend haben die Volksrichter ihren Spruch getan. Beim Glockenschlage neun verkündete Landgerichtsdirektor Mügel das Urteil: Die Angeklagten Heinrich Henseler, Kley und Heising werden unter Berufung auf den Spruch der Geschworenen wegen Mordes in Tateinheit mit schwerem Raube und wegen Mordversuchs zum Tode und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. August Henseler wegen Beihilfe zu diesen Verbrechen zu zehn Jahren Zuchthaus, zehn Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Unseren Beziehern
in
Lengerich, Kattenvenne, Westbevern
können wir durch Einrichtung eines eigenen Fahrbotendienstes von jetzt ab die
„Westfälische Tageszeitung"
auch im Landbestellbezirk noch am Morgen des Erscheinungstages durch die Post zustellen. Die Abonnements- und Anzeigen-Annahme nebst Einzelnummer-Verkauf hat in Lengerich die Zigarrenhandlung **August Bortermann,** Bahnhofstraße (Fernruf 63); in Kattenvenne die Gastwirtschaft **Aug. Daveke** (Postagentur) übernommen.

Reinh. Lüdorf, Remscheid
Werkzeugfabrik mit Gesenkschmiederei

Zangen aller Art
Erstklassige Ausführung
Telephon Nr. 196 Fabrikzeichen R. L.

Im Frühjahr ist mit großem Mangel an
Ziegelsteinen
zu rechnen. Für geplante Lagerschuppen, Siedlungsbauten, Einfriedigungen, landwirtsch. Gebäude empfehlen wir sofort Bestellung auf
Pebüso
zu machen. Pebüso ist die ausprobierte beste
Sparbauweise.
Ingenieurbesuche, Zeichnungen, Kostenanschläge durch die Herstellerin
Peter Büscher & Sohn,
Bauunternehmung für Hoch- und Tiefbau, Beton- und Eisenbetonbau
Münster i. W.
Fernsprecher: 202 und 255.

Halten uns zur Ausführung
sämtlicher Maler- und Anstreicher-Arbeiten
bestens empfohlen.
Ed. Bolle u. Söhne
Münster i. W.
Rogelerstr. 4. Telephon 1184

Zahn-Praxis
W. Heiler
Dentist
Münster i. W., Prinzipalmarkt 41
Eingang Syndikatgasse. Fernruf 2815
Sprechstunden 9—1 und 3—6 Uhr.
Fachgemäße Behandlung aller Zahn-Krankheiten.
Spezialität:
Kronen- u. Brückenarbeiten in Gold.
Mäßige Preise.

Wegen Verlegung
meines Geschäftes
nach der Bahnhofstr.
verkaufe ich bis zum 1. April sämtl. sich am Lager befindl.
Flügel, Pianos
etc. zu auffällig günstigen Preisen.
A. Festing
Münster Ludgeristr. 9.

Josef Struwe
Elektr.-techn. Geschäft
Lingenerstr. 7, Lager Bremerstr. 24.
— Telephon 1269 —
empfiehlt sich zur Ausführung von
Licht- und Kraftanlagen
jeden Umfangs und Systems.
Ausbau von Ortsnetzen sowie Eigenanlagen.
Motore, Dynamomaschinen
halte stets auf Lager.
Akkumulatoren
in kürzester Frist lieferbar.
Reparaturen an Motoren, Anlassern, Lichtanlagen sauber und gut bei billigster Berechnung.

Benzol- Naphthalin- Sauggas- Leuchtgas- Elektro-
Motoren
sowie kompl. Kraft- u. Lichtanlagen für Gemeinden, Bauerschaften, Gutshöfe, Hospitäler, Fabriken, Sägewerke usw. unter Verwendung von bestem Friedensmaterial. Aeußerst billig!
Beste Empfehlungen! Günstige Zahlungsbedingungen!
Weitestgehende Garantie!
Fachmännische Beratung u. Kostenanschläge unverbindlich.
Möllmann & Weddige
Ingenieur-Büro
Münster i. W. Brenl 13a Telephon 1765.

Edelweiß
Dampfwaschanstalt — Färberei — chem. Reinigung Münster i. W. Fernruf 2175.
wäscht färbt reinigt
alles.

Wohnungsrationierung — Mietsteuer
Wer gibt zur Vermeidung von Zwangsrationierung und Mietssteuer an kleine, bessere Familie
3—4 Zimmerwohnung
ab?
Offerten unter **K 591** an die Geschäftsstelle dieses Blattes. Bispinghof 12a

Stadt-Theater
Münster i. W.
Mittwoch, d. 16. März, abends 6½ Uhr:
3. Gastspiel Max Grube.
Gelbe Stammsitzkarten.
„Faust".
Ein Tragödie in fünf Aufzügen von Wolfgang Goethe.

Junges properes
Mädchen
am liebsten vom Lande, für Küche u. zum Bedienen der Gäste bei Familienanschluß gesucht.
Waldschlößchen, Kinderhaus.

Zinken-, Heerde- oder Gertrudenstraße!
Gebildete ältere Dame, tagsüber aus dem Hause, sucht ab 1. April möbl. Zimmer.
Off. unter 208b an die Geschäftsstelle dieser Ztg.

Lagerverwalter!
Welcher im Verkauf und Versand firm sein muß für eine hiesige Firma per sofort gesucht.
Sicherheit muß vorhanden sein.
Offerten unter 305 an die Expedition ds. Bl.

Autofahrten
Fernruf 500.

Unsere Leser werden gebeten, beim Einkauf unsr. Inserenten zu berücksichtigen.

MFA Mikrofilmarchiv der deutschsprachigen Presse e.V.

Westfälische Handels-Zeitung

Vom wirtschaftlichen Leben in Sowjetrußland-Ukraine

Von einem Deutschrussen, der längere Zeit im Dienste des Sowjets im Gouvernement Horson gestanden hat und der jetzt in Deutschland eingetroffen ist, erhalten wir folgende Angaben über die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Ukraine:

Die Bodenverteilung ist in einem Verhältnis zu der Seelenzahl jeder einzelnen Familie durchgeführt worden. Da die Verteilung chaotisch vorgenommen wurde, kann man über die Anteile nichts genaues aussagen, da sie beinahe in jedem Kreis verschieden sind. Die Stimmung der Bauern ist zweifellos ausgesprochen antibolschewistisch, was dadurch zu erklären ist, daß die Sowjets auf dem Lande Requisitionen und Konfiskationen sehr rücksichtslos durchführen. Trotzdem sind die Resultate dieser Requisitionen meistens kläglich gewesen. Die antibolschewistische Stimmung der Bauern bedeutet aber nicht, daß die Bauern gegen die Bolschewisten als Regierung auftreten, und zwar aus dem Grunde, weil sie zu große Angst vor jeder andern Regierung haben, die ihnen evtl. ihren verteilten Boden wegnehmen wird. Die Bauern werden fortfahren, ihre nur auf eigene Bedürfnisse zugeschnittene Wirtschaft zu treiben und werden sich um weitere Entwicklung der russischen Volkswirtschaft nicht kümmern. Darauf ist auch die ganze Politik der Bolschewisten gegründet. Denn solange der Bauer passiv bleibt, kann die Herrschaft der Bolschewisten nicht ernsthaft gefährdet werden. Mit den Aufständen in den Städten wird der Bolschewismus aller Voraussicht nach fertig werden. Wann das Bauerntum gegen die Bolschewisten auftreten wird, ist im Augenblick nicht zu sagen.

Die Lage der Industrie hat sich in den letzten Monaten geradezu katastrophal gestaltet. In der Ukraine arbeiten zum Teil Zuckerfabriken, Lederfabriken, Wassermühlen, Oelmühlen und Bierbrauereien. Alle anderen Fabriken stehen still. Die Kohlenindustrie ist auch fast ganz außer Betrieb, da die Gruben zum größten Teil unter Wasser stehen. Auch fehlt es in den wenigen Gruben an gelernten Arbeitern, die beinahe alle aufs Land gegangen sind. Das Handwerkertum ist ebenfalls infolge des Mangels an gelernten Arbeitern für die „Arbeitsfront" mobilisiert. Die Organisation der Fabriken ist in der Ukraine sehr wechselnd. Meistens steht an der Spitze jeder Fabrik ein Fabrikkomitee. Streiks gab es in der Ukraine beinahe gar nicht. Die Aussichten der ukrainischen Industrie sind in allen Zweigen sehr schlecht, da weder Rohmaterialien noch gelernte Arbeiter zu beschaffen sind.

Wie schon erwähnt, sind die meisten Handwerker für die Industrie mobilisiert und als Angestellte in den Sowjetfabriken tätig. Das Gehalt, das diese niedrigen Sowjetbeamten bekommen, steht allerdings in keinem Verhältnis zu den Lebensmittelpreisen und ist nicht mal als Taschengeld ausreichend. Vom 1. Januar ab werden die Lebensmittel für die mobilisierten Handwerker unentgeltlich abgegeben, aber in durchaus ungenügenden Quantitäten. Deshalb treiben viele noch nebenbei Privathandwerk, wie alle anderen Sowjetangestellten. Ihre Existenz wird nur ermöglicht durch Verkauf von eigenen Kleidern, Möbeln und dergleichen, durch Diebstahl, durch Schieberei und Wucherei (woran sich sogar die Lehrer beteiligen), durch Anbau von Gemüse und Pflege sonstiger Gartenwirtschaft. Alles in allem ein trostloses Bild.

Boykottiert die französischen und englischen Waren

Auf Anregung des Verbandes der Seidenbandindustrie hat der Verband der Arbeitgeber im bergischen Industriebezirk gestern im Saale des Vereins für Kunst und Gewerbe, Barmen, eine Protestversammlung gegen die in London beschlossenen Repressalien veranstaltet, zu der auch ein Teil der Gewerkschaftsführer und mehrere hundert Vertreter der gesamten Industrie und des Großhandels im Wuppertal erschienen waren. Es wurde einmütig nachfolgende begrüßenswerte Entschließung gefaßt und an den Reichsverband der deutschen Industrie gesandt:

1. Die am 14. März von den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Industrie und des Großhandels des Wuppertales zahlreich besuchte Versammlung fordert die deutsche Geschäftswelt auf, von den Ländern, die sich an den in London beschlossenen Repressalien beteiligen, insbesondere von England und Frankreich keinerlei Waren mehr zu beziehen, so lange die vertragswidrigen Sanktionen in Kraft bleiben.

2. Die Versammlung hält es ferner für notwendig, neue Aufträge aus den vorgenannten Ländern so lange nicht anzunehmen, als die ausländischen Abnehmer sich weigern, den vollen Gegenwert ohne Abzug im voraus zu bezahlen.

Aus der Textilindustrie

Baumwolle

New York, 14. März (Drahtbericht)

	12. 3.	14. 3.		12. 3.	14. 3.		12. 3.	14. 3.
New York loco	11.14	11.30	Dezember	12.70	13.66	NewOrleansloco	11.00	10.75
März	11.00	11.96	Januar	12.70	13.71	März	11.12	11.50
April	11.27	12.21	Februar	—	—.—	Mai	11.50	11.92
Mai	11.50	12.50	Zufuhren:			Juli	11.75	12.10
Juni	11.61	12.70	Atl.-Häfen	—	3000	Oktober	11.78	12.12
Juli	11.94	12.96	Golf-Häfen	6000	10000	Dezember	12.18	12.83
August	12.10	13.16	Pacific-Häf.	3000	—	Januar	—	—.—
September	12.25	13.20	Innern	5000	1000			
Oktober	12.50	13.45	England	—	—			
November	12.70	13.55	Kontinent	6000	11000			

Liverpool, 14. März. (Drahtbericht).

Umsatz 5000 Import 124 Tendenz stetig

	11. 3.	14. 3.		11. 3.	14. 3.		11. 3.	14. 3.
Amer. Fully middl. loco	7.69	7.61	Oktober	7.78	7.70	Ober-Aegypt		
März	7.23	7.24	November	7.82	7.74	April	18.40	17.75
April	7.28	7.29	Dezember	7.85	7.77	Juni	18.80	18.25
Mai	7.40	7.41	Januar	7.88	7.80	Alexandrien		
Juni	7.45	7.43	Februar	7.91	7.83	März	25.95	25.80
Juli	7.59	7.53	Aegyptische März	12.55	12.40	Mai	26.20	25.25
August	7.66	7.60	Mai	12.25	12.60			
September	7.73	7.65	Juli	12.55	12.90			

Baumwoll-Bericht

vom März 1921, von Knoop & Fabarius, Bremen.

Nach mancherlei Schwankungen schließen die Märkte am 11. d. M. ruhig wie folgt:

Bremen: fully middling g. c. & st. loko 18¼ Mark per Kilo.

	m. disp.	März	Mai	Juli	Oktober
Liverpool:	—	7.23 d.	7.40 d.	7.59 d.	7.78 d.
Neuyork:	11.40 cs.	11.10 cs.	11.60 cs.	12.07 cs.	12.58 cs.
Neworleans:	10.75 cs.	11.86 cs.	—	11.67 cs.	12.16 cs.

Die Würfel in London sind gefallen, und zwar nach der Seite hin, auf der nur weitere verheerende Kriegswirkungen zu erwarten sind. Die gesamte Weltwirtschaft wird hierdurch in Mitleidenschaft gezogen, gerade als ob das haßerfüllte „Vae Victis" seitens der Sieger der ganzen übrigen Welt entgegengeschleudert würde.

Daß man unter diesen Umständen wegen der weiteren Entwicklung der Dinge ganz und gar im Dunkeln tappt, ist ungefähr alles, was man sagen kann, abgesehen davon, daß nicht nur eine neue Schicksalsstunde für Deutschland nahe scheint, sondern eine solche für ganz Europa, ja man könnte sagen, für die ganze Welt. Denn was soll auch aus der neuen Welt werden, wenn die alte zugrunde geht?

Privatnachrichten aus Amerika melden ein weiteres Zurückgehen der Löhne und das Einsetzen einer Stadtflucht, als Gegenerscheinung der früheren Landflucht. Unter dieser Entwicklung ist im Süden viel Baumwolle gepflückt worden, von der man im Herbst angenommen, sie würde auf den Feldern verkommen. Außerdem werden angesichts der veränderten Lohnlage die Produktionskosten für die neue Ernte sich wesentlich niedriger stellen, als sie es für die alte gewesen. Nähere Angaben hierüber sind zurzeit natürlich noch nicht möglich, doch darf man hoffen, daß die Welt hierüber rechtzeitig unterrichtet werden wird, sobald eine klare Uebersicht gewonnen werden kann.

Soeben erreicht uns eine amerikanische Post, aus der wir folgendes auszugsweise berichten möchten:

Allgemein wurden die Ende vorigen Monats notierten Preise als sehr beachtenswert für Einkäufe angesehen, obschon man einen zeitweiligen weiteren Rückgang nicht für ausgeschlossen erachtet.

Von besonderem Interesse dürfte folgender Passus aus einem Briefe eines uns sehr nahestehenden Neuyorker Hauses sein.

Der sichtbare Vorrat am 1. Februar einschließlich der Lager in Spinnereien von 10 050 000 Ballen gegen 7 050 000 Ballen in 1920 wird fortgesetzt als ein sehr ungünstiger Faktor ins Feld geführt, aber man scheint dabei ganz und gar zu übersehen, daß bei einem Werte von 12 cs. per Kilo jetzt, gegen 39 cs. in 1920, der Gesamtwert des heutigen Vorrates weniger als 600 Millionen Dollar beträgt gegen 1370 Millionen vor Jahresfrist. Hieraus ergibt sich, daß die südlichen Banken augenblicklich kaum mehr als etwa 500 Millionen Dollar auf Baumwolle vorgeschossen haben, und wenn in einzelnen Fällen Banken sich außerstande erklären, zuverlässigen Kunden weitere Darlehen auf Baumwolle zu gewähren, so müssen sie ihre Kapitalien anderweitig festgelegt haben, sei es auf Land, Oelminen oder andere zurzeit nicht produktive Unternehmungen.

Woll-Auktion

London, 11. März. Heute wurden hier 6383 B. wollige Schafselle aus dem Besitz der australischen Regierung versteigert; es handelte sich um 1086 B. Neusüdwales-, 730 B. Queensland-, 3207 B. Victoria-, 716 B. südaustralische und 644 B. westaustralische Felle. Merino-Kammwollen von guter Länge und ebensolchem Wuchs sowie gute Kreuzzuchten waren begehrt für England und das Festland; von den kurzwolligen Fellen, die reichlich angeboten und gleich alle gut gefragt waren, fanden etwa drei Viertel des Angebots zu Abschlägen von 10—15 v. H. Nehmer. Gestern wurden etwa 400 B. australische und 500 B. Punta Arenas-Schafselle und solche aus Patagonien für Rechnung von Einfuhrhändlern versteigert; sie räumten sich gleichfalls gut zu Preisnachlässen, die denen auf der heutigen Versteigerung gleichkamen.

Antwerpener Wollauktion

bmz. **Antwerpen**, 14. März. (Eig. Drahtb.) Einen kaum vorhergesehenen ungünstigen Verlauf nahm die hier abgehaltene Auktion von La Plata-Wolle. Von den angebotenen Ballen konnten kaum 100 Ballen verkauft werden. Einen besseren Erfolg zeitigte die Versteigerung von australischer Wolle, die für Rechnung der englischen Regierung angeboten waren. Es wurden von 1500 Ballen ungefähr 500 abgesetzt und zwar zu Preisen, die durchschnittlich 18 v. H. niedriger als die Februarpreise waren. Die Käufe sollen fast ausschließlich für amerikanische Rechnung stattgefunden haben.

Aus der Eisen- u. Metallindustrie

Metallpreise

Hamburg, März (Drahtbericht)

	14.	15.		14.	15.
Silber (ca. 900 fein)	955—935	950—940	Blei [Weichblei dopp. raff.]	460—440	460—440
„ per März	945—935	945—940	Zinn Banca Straits	41¾—41	43¾—42¾
„ per April	935—925	940—930	Zinn deutsch Minim.	—	—
„ per Mai	915—910	930—920	Kupfer greifb. Kath.	17¼—16¾	17¼—16¾
Zink [Hüttenroh] promt	585—570	580—575	Kupfer Raffinade	15¾—15¼	16—15¼
Zink per März	580—570	580—575	Kupfer Weribars	18—17	18—17½
Zink per April	565—560	565—560	Quecksilber	79—72	78—73
Zink per Mai	550—545	555—550	Antimon	7—6¼	7—6¼
Zink ungeschwoiz.	375—365	395—390	Nickel	—	—
Blei (Org. Hütte, Weichblei dopp. Raff. Lager	490—460	490—465	Aluminium	—	—
Blei Or. ab Hütte	490—460	475—465	Elektrolyt	1750	1775

Berlin, März. (Drahtbericht.)

	14.	15.		14.	15.
Raffinade Kupfer	1500—1525	1525	per Draht	2835	2825
Original-Hütten-weichblei	475—480	475—480	Zinn Blanca Straits	4200	4300—4400
Original-Hütten-Hohzink Freivert	570—575	570—575	Hüttenzinn	3800	3960
Remalted Plattzink	360—370	360—370	Rein Nickel	4200	4200
Hütten-Aluminium (gekerbte Blöcke)	2725	2725	Antimon Regulus	675	675
			Silber	945—955	950—960

London, März. (Drahtbericht.)

	10. 3.	14. 3		10. 3.	14. 3.
Kupfer	66—66¾	66¾—66⅞	Blei	19—19⅛	19—19⅛
Elektrolyt	70—71	70—71	Quecksilber	—	—
Zinn	149¾—153¼	150¾—163¾	Silber	31½—30⅞	33¼—32½
Zink	26—26¼	26⅝—26⅞	Gold	106—107	106—102

Preisermäßigung für Draht

er. **Düsseldorf**, 15. März. (Eig. Drahtber.)

Die deutsche Drahtkonvention hat die Preise mit sofortiger Wirkung wie folgt ermäßigt: gezogener blanker Draht 293 M. gegen bisher 335 M.; Schrauben- und Nietendraht 333 gegen 375 M, verzinkter Draht 358 gegen 400 M.; Drahtstifte 368 gegen 410 M.; Stacheldraht 403 gegen 445 M.; Sprungfedern 388 gegen 430 M.; alles für 100 Kilo ab Hamm i. Westfalen oder Neunkirchen an der Saar.

Auch der Grundpreis für gewöhnlichen Walzdraht, Flußeisenqualität, der für Lieferungen ab 12. Februar bis 10. März 2500 Mark betrug, ist mit Wirkung ab 11. März um 200 Mark auf 2300 Mark pro Tonne herabgesetzt worden.

Die Schwarzblechvereinigung G. m. b. H. in Köln

hat in Wien eine Gesellschaft m. b. H. zum Schwarzblechabsatz in Oesterreich gegründet.

Keine Veränderung der Roheisenpreise

Die Preise für Qualitätsroheisen sind für den Monat April unverändert geblieben. Der Verkauf für luxemburgischer Roheisen wird erst in den nächsten Tagen aufgenommen.

Vom englischen Roheisenmarkt.

* **Glasgow**, 11. März. Es zeigt sich etwas mehr Nachfrage vom Festlande für britisches Roheisen, doch kommen Aufträge nur spärlich ein, da die Preise anscheinend immer noch zu hoch sind gegenüber ausländischem Material. Die schottischen Werke haben ihre Preise diese Woche bedeutend ermäßigt, während die Notierungen für Middlesbrough unverändert sind. Heutige Notierungen: Nr. 1 schottisches Gießereiroheisen (Sondermarken) 185 ſ bis 187 ſ 6 d, Nr. 3 dgl. 180 ſ bis 182 ſ 6 d, Nr. 1 dgl. (gewöhnliche Marken) 182 ſ bis 185 ſ, Nr. 3 dgl. 177 ſ 6 d bis 180 ſ, Nr. 1 dgl. Hämatit 190 ſ, alles die englische Tonne f. a. S. Glasgow, Leith oder Grangemouth. Nr. 1 Middlesbrough-Gießereiroheisen 160 ſ Nr. 3 dgl. 155 ſ, Nr. 1 dgl. Hämatit 182 ſ 6 d, Nr. 1, 2, 3 dgl. 180 ſ, alles die englische Tonne fob Hochofen, Werft Middlesbrough; Tees Flußgebühren außerdem.

Eröffnung der zweiten deutschen Ostmesse

Königsberg, 14. März. Die „Königsberger Allg. Ztg." meldet: Unter Anteilnahme weiter Kreise aus Stadt, Provinz und Reich, sowie Vertretern der Regierungen der benachbarten Randstaaten fand gestern die feierliche Eröffnung der zweiten deutschen Ostmesse und der mit ihr verbundenen Kunstmesse statt.

Auflösung der Reichskartoffelstelle

Berlin, 14. März. Die Auflösung der Reichskartoffelstelle mit Wirkung vom 1. Juli 1921 wird nunmehr im „Reichsanzeiger" Nr. 61 bekanntgemacht, gleichzeitig die Aufhebung der verschiedenen, auf die Kartoffelzwangswirtschaft bezugnehmenden Verordnungen.

Die Verwendung von Privatgüterwagen

Auf eine Anfrage des Reichstagsabgeordneten van den Kerkhoff wegen der Nichtzulassung der Privateisenbahnwagen zum Brennstoff-Transport ist vom Reichsverkehrsminister Groener nachstehende Antwort eingegangen:

„Die Verwendung von Privatgüterwagen (ausschließlich Kesselwagen) war ursprünglich auf eine kleinere Anzahl von Gütern beschränkt, die wegen ihrer Leichtverderblichkeit oder wegen sonstiger Eigenschaften Wagen von besonderer Bauart oder mit besonderen Einrichtungen erforderten, wie sie die Eisenbahnverwaltungen für den gewöhnlichen Verkehr nicht vorhalten konnten. Während des Krieges wurden zur Milderung des Wagenmangels zunächst nur für die Dauer des Krieges Privatwagen für andere Güter zugelassen. Die Einstellung von Privatwagen für andere Güter, insbesondere für Kohlen, nahm einen sehr großen Umfang an. Dies führte dazu, daß infolge der besonderen Behandlung, die die Privatwagen im Verkehr erfordern, und infolge der mit ihrer Verwendung verbundenen Leerläufe erhebliche Betriebserschwernisse eintraten; außerdem erreichten die Einsteller eine bessere Kohlenversorgung als andere Verbraucher, die keine eigenen Wagen besaßen, wodurch die Verteilungsmaßnahmen des Reichskohlenkommissars gestört wurden. Die Schwierigkeiten wurden schließlich so groß, daß die Verwendung der Privatwagen wieder eingeschränkt werden mußte. Durch die Verordnung vom 3. November 1919 (Reichs-Gesetzbl. S. 1867) wurden zunächst alle zur Beförderung von Kohlen eingestellten und im öffentlichen Verkehr verwendbaren Privatgüterwagen gewöhnlicher Bauart zugunsten der Eisenbahnverwaltung behufs Verwendung im freien Verkehr beschlagnahmt. Ausnahmen wurden nur zugelassen bei geschlossenen Pendelzügen und in vereinzelten andern Fällen, wenn besondere Verhältnisse vorlagen. Neuerdings ist ein weiterer Abbau der Verwendung von Privatgüterwagen in Aussicht genommen. Danach soll eine Benutzung von Privatwagen für Güter, die nicht in dem Verzeichnis der zur Beförderung in Privatgüterwagen zugelassenen Güter aufgeführt sind — Verzeichnis VI des deutschen Eisenbahngütertarifs Teil 1, Abteilung B — nur dann noch gestattet werden, wenn es sich um geschlossene Pendelzüge handelt. Ein Antrag auf Aenderung des Tarifs in diesem Sinne unterliegt gegenwärtig der Behandlung bei der ständigen Tarifkommission der deutschen Eisenbahnen.

Die Schwierigkeiten, die der Eisenbahnverwaltung in dem vorliegenden besonderen Falle aus der Freigabe der Privatwagen zur Torfbeförderung erwachsen, sind in dem in der Anfrage wiedergegebenen Bescheide der Eisenbahndirektion Elberfeld zutreffend dargelegt. Zur Vermeidung weitgehender Berufungen bin ich zu meinem Bedauern nicht in der Lage, die Benutzung von Privatwagen zum Torfversand zuzulassen. Inzwischen haben sich auch die Gestellungsverhältnisse bei den offen Wagen erheblich günstiger gestaltet, so daß für die Abfuhr von Torf in größtem Umfang bahneigene Wagen zur Verfügung gestellt werden können."

Preisermäßigung auf Holzschrauben

Die Verkaufsstelle deutscher Holzschraubenfabrikanten, Köln, hat die Preise für Holzschrauben mit Wirkung vom 10. März wie folgt ermäßigt: Eiserne für die Stärken bis 3,5 mm einschl. um etwa 15 v. H., für die Stärken von 4 mm an aufwärts um etwa 6 v. H. Messingne für die Stärken bis 3,5 mm einschl. um etwa 22 v. H., für die Stärken von 4 mm an aufwärts um etwa 7 v. H.

Außerdem sind die Grundpreise der eisernen und messingenen Holzschrauben bis einschl. 13 mm Länge wie folgt herabgesetzt worden:

Eiserne Holzschrauben	Stärke in Millimeter.		
a) flache	1,3—2,7	3	3,5
Länge unter 5 mm	100	—	—
5 bis unter 10 mm	60	60	60
10 bis einschl. 13 mm	40	42	50
b) runde			
Länge unter 5 mm	100	—	—
5 bis unter 10 mm	65	65	65
10 bis einschl. 13 mm	42	46	52

Messingene Holzschrauben	Stärke in Millimeter					
a) Flache	1,3—2,1	2,4	2,7	3	3,5	4
Länge unter 5 mm	125	—	—	—	—	—
5 bis unter 10 mm	75	80	80	85	—	—
10 bis einschl. 13 mm	65	70	75	85	110	130
b) runde						
Länge unter 5 mm	125	—	—	—	—	—
5 bis unter 10 mm	75	75	85	100	—	—
10 bis einschl. 13 mm	70	75	85	100	120	140

Ausfuhr nach Danzig

Durch Verfügung des Reichskommissars für Ein- und Ausfuhrbewilligung ist angeordnet worden, daß in den Ausfuhrbewilligungen für Waren nach Danzig, die auf Grund der Verbleibsbescheinigung der Danziger Handelskammer erteilt werden, bei der Bezeichnung des Bestimmungslandes Danzig der Vermerk zu machen ist „Freibezirk ausgeschlossen". Durch diesen Vermerk soll verhindert werden, daß Waren, die auf Grund der Verbleibsbescheinigung der Danziger Handelskammer in den Freistatt Danzig eingeführt werden, über das Freihafengebiet nach Polen gelangen.

Vorstandsbeschluß des Reichsverbandes der Deutschen Industrie zur Londoner Konferenz

Auf einstimmigen Beschluß des Vorstandes des Reichsverbandes der Deutschen Industrie wurde ein Telegramm an den Reichsminister des Auswärtigen gerichtet, in welchem der Reichsverband der Deutschen Industrie dem Minister die Zustimmung der deutschen Industrie zu seinen überzeugenden und entschlossenen Ausführungen gegen die Pariser Forderungen aussprach und ihm die Sicherheit gab, daß die deutsche Industrie geschlossen hinter ihm stehen und im Falle der Ablehnung die Folgen, so schwer sie auch sein mögen, nicht scheuen wird.

MFA
Mikrofilmarchiv
der deutschsprachigen Presse e.V.

Berliner Börse vom 15. März 1921

Anlagepapiere	14. 3.	15. 3.
5% Deutsche Reichsschatzscheine II	99.70	99.60
5% Deutsche Reichsschatzscheine III	99.40	99.40
4½% Deutsche Reichsschatzscheine IV und V	80.20	80.20
4½% DeutscheReichsschatzscheine VI bis IX	72.00	72.00
4½% Deutsche Reichsschatzscheine 1924.	91.70	91.75
5% Dtsch. Reichsanl.	77.50	77.50
4% Dtsch. Reichsanl.	68.30	68.40
3½% Dtsch.Reichsanl.	66.40	66.40
3% Dtsch. Reichsanl.	67.50	67.60
Dtsch.Spar-Präm.-Anl.	83.80	84.00
4% Preuß. Konsols	66.40	66.75
3½% Preuß.Staffelanl.	57.80	58.25
3½% Preuß. Konsols	56.50	56.80
3% Preuß. Konsols	53.60	53.50
4½% Elberf. Stadtanl.	—	78.00
4% Elberfeld.Stadtanl.	—	—
3½% Stadtanl. Elberf.	—	—
Türk. 400 Frks.-Lose	430	450
Eisenbahnaktien		
Aachen-Maastr.-Bahn	—	—
Aachen-Genußscheine	—	—
Elektr.Hochbahn Vrz.	101	101
Baltimore und Ohio	441	433½
Luxemb. Pr. Hr.	—	—
Schantungbahn	555	544
Schiffahrtaktien		
Argo, Dampfschiffahrt	—	—
Deutsch.-Austral. D	394	387
Hamb.-Amer. Paketf.	188½	186½
Hamb.-Südamer. Dsch.	400	—
Hansa Dampfschiffges.	328	326
Norddeutscher Lloyd	180⅞	179
Ver. Elbeschiffahrt	334¾	335
Banken.		
Barmer Bankverein	175¾	174
Barmer Kreditbank	223	220¼
Berg.-Märkische Ind.	167	168
Berl.Handelsgesellsch.	241½	243
Berl. Hypoth.-Bank	115	115
Commerz u. Privatb.	213½	214
Darmstädter Bank	181½	181½
Deutsch-Asiat. Bank	—	112
Deutsche Bank	298½	301
Disconto-Komm.	250	255
Dresdner Bank	216¾	217⅞
Essener Kreditanstalt	192	195
Nationalb. f. Deutschl.	205½	205½
Osnabrücker Bank	177½	—
Reichsbank	147	146½

Brauereien	14. 3.	15. 3.
Berliner Kindl	—	392
Böhm. Brauhaus Berl.	358	360
Engelhardt, Berlin	—	—
Löwenbräu, Berlin	—	—
Patzenhofer, Berlin	415	410
Aktienbrauer. Dortm.	—	—
Union-Dortmund	—	487
Victoria-Dortmund	—	—
Br.Dietrich, Düsseldorf	440½	441½
Höfelbrauerei Düsseld.	—	295
Germania-Br., Dortm.	—	—
Isenbeck-Brauerei	—	—
Löwenbräu, Dortmund	—	—
Reichelbräu	—	—
v.Tuchersche Brauerei	—	—
Wicküler-Küpper-Br.	220	220
Industriepapiere		
Aachener Leder	516	521½
Aachener Spinnerei	515	514¾
Accumulat.-Ges. Hag.	428	420
Adler-Portlandz.	269	269
Adler-Hütten-Glas	448	448½
Adler Fahrradges.	250	246
Akt.-Ges. f. Anilinfabr.	425	425
Alexanderwerk	265½	264
Alfeld Gronau	542	542
Allgem. Elektr.-Ges.	281½	285
Alsen Zement	437	442
Amme, Giesecke & Konegen	378	371
Ammendorf Papier	819½	819¼
Anglo-Cont. Guano	384	363⅞
Ankerwerke	259	241
Annener Gußstahlw.	—	—
Arenberg Bergbau dto. neue	1000	1010
	980	980
Augsburg-Nürnberg	355¼	359⅞
Bad. Anilin-Fabrik	527	529
Balcke Maschinenfabr.	530	519¾
Barop, Walzwerk	1002	999¾
Basalt A.-G.	420	416
Bedburger Wolle	599	553
L. P. Bemberg	480	485
Carl Berg	—	340
Julius Berger	404¾	385
Bergmann, Elektr.-W.	323	326½
Berlin-Anhalter Masch.	251	260
Berl. Elektr. Werke	246	244½
Berl.Gubener Hutfabr.	865	855
Berl. Holzkompt.	358	348
Berliner Jutespinnerei	—	—
Berliner Maschinenbau Schwtzk.	332	330
Berl.-Neur. Kunstanst.	250½	259⅞
Berzelius	299	299
Bing. Nürnberger Met.	272½	278
Bismarckhütte	635	642½
Bochumer Gußstahl-G	464⅞	452
BoeddinghausReimann	384	384¾

	14. 3.	15. 3.
Gebr. Böhler & Co.	497	492
Bösperde Walzwerk	399	399¾
Braunkohle Brikett	368	340
Braunschw. Kohle	535	533
BreitenbachPortlandz.	—	220
Bremer Linoleum	435	432
Bremer Vulkan	559	559½
Bremer Wollkämmerei	499	499¾
Buderus Eisenwerk	615	603
Busch. Opt.	387	399
F. W. Busch, Lüdensch.	520	529
Busch, Waggonfabrik	582½	578
Butzke & Co., Metall	278	270
Capito & Klein	697	701
Chem. Fab. Buckau	416	429
Chem. Griesheim	385	393
Chem. Fabr. v. Heyden	390	396
Chem.Weiler-ter-Meer	350	364½
Chem. ind. Geisenkirch.	780	785
Chem. Werke Albert	582	587¾
Concordia Bergbau	406	406
Consolidation Schlake	711	711
Daimler Motoren	244¼	240
Delmenh. Linoleum	400	398
Dessauer Gas	240	242
Deutsch-Atl. Tel.	225	227
Deutsch-Luxemb. A.-G.	310	311½
Deutsch-Niederl. Tel.	234	232
Deutsch-Südamer. Tel.	—	208½
Deutsch-ÜberseeElekt.	1010	1020
Deutsche Eisenbahn-Signalwerke	289	286
Deutsche Erdöl A.-G.	1010	1009
Dtsch. Gußstahl-Kugel	277½	276
Deutsche Kaliwerke	356	343½
Deutsche Kunstleder	243	245
Deutsche Schachtbau	640	620
Deutsche Ton- und Steinzeug-Werke	326	330
Dtsch. Waffen u. Mun.	578	577
Deutsche Wollwaren	455	454
Deutscher Eisenhandel	295	281
R. W. Dinnendahl	300	305
Dürener Metallwerke	655	661
Dürkopp-Werke	520	524
Düsseld. Eisenbahnbed	510	528
Düsseld. Eisen u. Draht	—	—
Düsseld. Eisenhütte	425	450
Düsseld. Maschinenb.	374¾	367
Dynamit Nobel	347¾	349
Eisenb. Verksm.	489	485
Eisengießerei Velbert	455	465
Elberfelder Farbenfab.	435	438
Elektrische Lieferung	210	210
Elektr. Licht u. Kraft	227¾	230
Elektr. Untern. Zürich	—	—
Elsbach & Co.	390	380
Erdmannsd. Spin.	284	283¾
Eschweiler Bergwerk	314	315
Essener Steinkohlen	390	390
Fahlberg, List & Co.	410	411
Feldmühle	395	384

	14. 3.	15. 3.
Felten & Guilleaume Carlswerk	485	477½
Filter u. Braut. Masch.	408	398
Finkenberg Zement	446¾	430
Flöther Masch.	385	395
Frankonia	—	329
Fraustädter Zucker	830	830
Friedrichshütte	958	951
Gaggenau Eisenwerk	280	290
Gasmotoren Deutz	220	222
Gebhard & Co.	325	340
Geisenkirchen. Bergw.	324½	324¾
Geisenkirchen. Gußst.	410	413
Georg Marienhütte	330	339½
Gerb. u. Farb. Renner	480	418
Germania Portl.-Zem.	309	304¾
Gerresheimer Glash.	616½	665ex
Joh. Girmes & Co.	338	335
Gladbacher Wollind.	—	—
Gebr. Goedhardt	588	552
Th. Goldschmidt	782	779
Görl. Waggonfab.	405	403
Gotha Waggon	452	460
Grevenbroich Masch.	—	—
Gritzner Maschinen	405	410
Hackethal Draht.	345	340½
Hammersen	385	385
Hann.MaschinenEgest.	500	520
Hannov. Msch.-Wagg.	439½	439½
Harburg-Wiener Gum.	380	380
Harburger Eisen u.Br.	—	—
Harkort Brg. St. Pr.	372	373¾
Harkort Brücken	315	—
Harkort Brück. St. Pr.	365	340
Harpener Bergbau	486	461
Hartmann-Masch.	351	339¾
Hasper Eisen	—	—
C. Heckmann, Duisb.	635	630
Held u. Francke	455	458
Hemmoor-Zem.	370	389
Hilger, Verzinkerei	565	595
Hille Werk	284½	490
Hindrichs Auffermann	300	296
Hirsch Kupfer	364¾	360
Hirschberg. Lederfabr.	350	338
Höchster Farbwerke	409	410
Hösch, Eisen	772	755
Hohenlohe-Werke	292	290
Horch Mot.	309	310
Hotelbetriebsges.	344½	350
Hubertus Braunkohl.	498	482
Humboldt Maschinen	196½	200½
Hüttenwerke Kayser	395	387
Ilse Bergbau Ges.	570	550
J. A. John	283	295
Max Jüdel & Co.	365	373
Kahla Porz.	580	590
Kaiser-Keller	251	255
Kaliwerke Aschersleb.	355	340
Kammerichwerk	609	596
Kapler Masch.	309	336
Kasseler Federstahl	514	530

	14. 3.	15. 3.
Kattowitz Bergbau	328	334¾
Kirchner & Co., Masch.	575	—
Koch Adlernähmasch.	581	—
Köln-Neuessen	640	636
Köln-Rottweiler	365½	365
Kölsch Walzengießerei	695	695
König Wilh.	695	699
„ „ St. Brior Königsborn	—	—
Kont. Elektr.-Ges., Nürnberg, V. A.	765	765
Gebr. Körting	134½	134½
Krefelder Stahlwerk	265	265
W. Kreh.	—	—
Kronprinz Metall	350	351
Gebr. Krüger & Co.	880	855
Küppersbusch & Söhne	270	278
Kyffhäuser Hütte	376	378⅛
Lauchhammer	319	297
Laura-Hütte	525	525
Leipziger Piano-Zimmermann	374½	370
Leipziger Werkzeug	399	399
Leonhard Braunk.	435	425
Leopoldshall	—	—
Lindenberg Stahlwerk	630	639
Carl Lindström	500	505
Linke-Hoffm.	295	299
L. Loewe & Co.	445	450¼
C. Lorenz A.-G.	320	324
Lothringer Hütten- u. Bergwerk	425	428
Lothringer Cement	405	418
Luckau und Steffen	497½	490
Lüdenscheider Metall	310	316
Luther Masch.	489	481
Malmedie & Co. Masch.	389	383
Mannesmann Röhren	394	396½
Märk. Portl.-Zement	575	570
Märk. Westf. Berg.	570	568½
Masch.-Baum	425	430
Masch. Buckau	415	425
Mech. Weberei Linden	555	—
Dr. Paul Mayer	362	367½
Mix & Genest A.-G.	251	244½
Mülheimer B.-Ver.	345	344½
Müller Gummi	445	439
Niederlausitzer Kohle	270	268
Nikrit Fabrik	460	459
Norddeutsche Gummi	285	293
Norddeutsche Wollk.	183½	190
Oberschlesische Eisenbahn-Bed.	414	—
Oberschlesisch. Eisenin	326½	327¾
Oberschlesische Koks	309½	309
Oeking Stahlwerk	518	520
Orenstein & Koppel	474	465
Osnabrücker Kupfer	529	525
Panzer Akt.-Ges.	426	438
Peipers Walzenguß	320	—
Phönix Bergbau	821	825
	579	599

	14. 3.	15. 3.
Jul. Pintsch	413	414
Polyphonwerke	309	308
Pongs Spinnerei	388	337½
Porta, Bremer Zement	—	349
Rauchw. Walter	785	—
Reichelt Metall	889	862
Reisholz Papier	405	400
Rhein. Braunkohlen	660	650
Metall V. A.	370½	368
Rheinische Möbelstoff	520	515
Rhein. Nassau Bergw.	850	850
Rhein. Spiegelglas	584	595
Rhein. Stahlwerke	522	523
Rhein.-Westf.Industrie	—	—
Rh.-Westf. Zementind.	355	366
Rhein.-Westf. Kalkw.	572	575
Rhein. Sprengstoff	307	392
Rheydt Elektrot.	390	405
Riebeck Montan A.-G.	490	484
J. D. Riedel	463½	462
Rockstroh-Werke	347	344
Roddergrube	599	599¾
Romb. Hütten	325	329
Rosenthal Porz.	715	714
Rositzer Braunk.	470	454¾
Rositzer Zuckerraff.	370	368
Rütgerswerke	403	408
Sachsenwerk	395	385¾
Sarotti Schokolade	1110	1110
Schering Chem. Fabr.	515	519
Ernst Schieß A.-G.	309¾	308
Schles. Zellulose	370	365
Schles.Leinen Kramsta	293ex	293½
Schloßf. vorm. Wilhm Schulte, Velbert	—	968
Hugo Schneider A.-G.	358	355
Schoeller-Eitorf	385	379½
Schomburg	631	620
Gebr. Schöndorff	265	265
Schönebeck, Metall	500	480
Herm. Schött, Rheydt	555	556
Schubert & Salzer	430	445
Schuckert & Co.	240	236½
Schulte, Dortmund	—	—
Schweimer Eisenwerk	516	516
Seck, Mühlenbau	264	264
Fr. Seiffert & Co.	—	442
Sieg. Sol. Gußstahl	309¾	313
Siemens & Halske	294½	293
Sondermann & Stier	225	—
Steaua Romana	875	860
Stettiner Vulkan	338	336¾
Stöhr & Co., Kammg.	512	520
Stoewer Nähm.	469¾	474
Stolberg Zink	450	450
Gebr. Stollwerk	136½	140
Teckelnborg Schiffsw.	500	509
Telefon Berliner	398	395
Thale Eisen	749¼	788
Thörls Oelfabr.	765	755
Leonhard Tietz	152	150
Triptis-Vorz.	355	353

	14. 3.	15. 3.
Tuchfabrik Aachen	350	350
Türkische Tabakregie	—	—
Varziner Papier	630	635
Ver. Berl. Frkf. Gummi	287	287
Ver.Chem.Charlottenb.	534	515
Verein.deutsch.Nickelw.	570	565
Ver. Fränk. Schuhfabr.	263	265
Vereinigte Glanzstoff	897	900
Ver. Gothaniawerke	314½	310
Ver. Lausitzer Glas	—	—
Ver. Portl. Schlmisch	358	354
Ver. Smyr. Tepp.-Fbr.	345	345
Ver. Thüringer Metall	490	500
Vereinigte Stahlwerke Zypen & Wissen	945	950
Victoriawerke	290	290
C. J. Vogel, Tel.	545	559⅛
Vogtländ. Masch.-Fbr.	290	297
Vorwärts, Biel. Spin.	260½	272
Vorwohler Portland	379	320½
Wanderer-Werke	660	649
Warsteiner Gruben	424	429½
Weser A.-G.	336	328
Wessel-Porzellan	385	395
Westeregeln Kali	545	515
WestfälischeDrahtind.	260	259
Westf.Eisen Langendr.	389	389
Westf. Kupfer-Werke	318	319⅞
Wicking Portland	384	384
Wittener Glas	780	780
Wittener Gußstahl	—	—
Zellstoffverein Dresden	345	337
Zellstoff Waldhof	473	458½
Kolonialwerte.		
Deutsch-Ostafrika	221	212½
Neu-Guinea	550	550
Otavi-Minen u. Eb.	578	538
Otavi-Genußscheine	520	498
Kurse v.amtlich nicht notierten Werten.		
Russenbank	94	92½
Deutsche Petroleum	715	695
Benz Motor	235	231
Justus Kali	220	222
Ronnenberg	354	348
Stahlwerk Becker	326	325
Deutsch.Masch.,Duisb.	357	345
Flender Brückenbau	378	380
Ludw. Ganz	250	255
Glockenstahlwerk	408	420
Halbach Masch.	226	227
Hansa Lloyd	129	130
Kabelwerke Rheydt	480	480
Weyersberg Kirschb.	360	—
R. Wolff	247	249

Schwankende Kurse

	Schluß v. 14.3.	heutiger Kurs
Berl. Handels-Ges.	241¼	248—45—43
Com.- u. Priv.-Bk.	213½	214—214½—214
Darmstädt. Bank	181½	181½—181—81½
Deutsche Bank	298½	301—02½—01
Disk.-Gesellschaft	250	255—57—55
Dresdner Bank	216¾	218½-20-17½-7½
Mitteld. Kred.-Bk.	179	179¾
Nationalbank für Deutschland	205¼	205½—205¼
Prinz Heinrich	—	—
Argo Dampfschiff	—	—
Hamb.-Amer. Pak.	188⅝	188—88½—86½
dto. Südamerik. D	408	399—94—97
HansaDampfschiff	326	330—25—28—26
Nordd. Lloyd	181	181—177½
Bismarckhütte	628	634
Bochum. Gußstahl	465	455
Buderus Eisenw.	615	615—603
Dt.-Lux. Bergw.	310	314—11—11½
Gelsenk. Bergw.	324⅜	326
Harpener Bergb.	470	465—61—63—61
Hoesch Eisen und Stahl	788	760
Hohenlohe Werke	294	293-92-95-89-90
Kattowitz. Bergb.	328	334-32-35-29-34⅞
Laurahütte	367¾	370
Lothr. Hütten- u. Berg.-Verein	415	419
Mannesmannröh.	575	574½
Oberschles. Eisenbahn-Bed.	322	330
dto. Eisenind. C.H.	301¾	309¾
Phönix-Bergbau	589½	585
Rhein. Braunkohl. und Briketts	660	655
dto. Stahlw.	521	517—15—23
Rombach. Hütten	330	389
Thale Eisenhütte	749½	805—788
Anglo-Cont.Guan.	384	384½—83¾
Elberf. Farbfabr.	437	435—438
Th. Goldschmidt	792	790—779
Höchster Farbw.	509	405—410
Oberschl. Koksw.	514	520
D. Uebersee Elekt.	1010	1020
El. Licht- u. Kraft.	227½	231
Felten & Guilleaume	484	488¼—77½
Adler-Werke	248	250
Augsb. Nürnberg. Masch.	358¼	357-52-59⅞-58
Gebr.Böhler & Co.	—	497
Daimler Motoren	244	245
Dynamit A. Nobel	346½	350—47—49—47
Hirsch Kupfer	344	383
Köln-Rottweiler	365	365
Rhein. Metallw.	380	369
Zellstoff Waldhof	473	466—61—62-59½
Stettiner Vulkan	339½	339¾—35—36⅜
Weser Schiffbau	340	335—328
Deutsche Kaliw.	356	350
Westereg. Alkali	555	5 5—35—15
Neu-Guinea	550	550
Otavi Minen und Eisenbahn	605	540
dto. Genußsch.	550	510

Amtliche Berliner Devisenkurse

Für drahtliche Auszahlungen	14. März Geld Mk.	14. März Brief Mk.	15. März Geld Mk.	15. März Brief Mk.	Bisheriger Höchstkurs	Friedens-kurs
Holland 100 Gulden	2153.80	2158.20	2170.30	2174.70	4196.00, 27. 1. 20	168.70
Brüssel-Ant. 100 Fl.	464.00	465.00	457.00	458.00	739.25, 14. 2. 20	81.00
Norwegen 100 Kr.	1015.95	1018.05	1016.45	1018.55	1725.25, 17. 2. 20	112.50
Dänemark 100 Kr.	1077.90	1080.10	1081.40	1083.60	1698.50, 27. 1. 20	112.50
Schweden 100 Kr.	1420.55	1423.45	1429.55	1432.45	1998.00, 4. 3. 20	112.00
Finnland 100 finn. M.	165.80	166.20	162.30	162.70	464.50, 4. 3. 20	81.00
Italien 100 Lire	229.75	230.25	230.75	231.25	549.50, 14. 2. 20	81.42
London 1 Pfd. Stlg.	244.75	245.25	246.37½	246.87½	350.65, 4. 3. 20	20.30
New York 1 Dollar	62.53	62.67	63 05½	63.19½	102.90, 7. 1. 20	4.00
Paris 100 Frk.	443.55	444.45	437.55	438.45	709.30, 20. 2. 20	81.00
Schweiz 100 Frk.	1058.90	1061.10	—.—	—.—	1798.00, 27. 1. 20	81.50
Spanien 100 Pes.	866.60	868.40	—.—	—.—	1848.00, 27. 1. 20	80.50
Ostereich 100 Kr.	—.—	—.—	—.—	—.—	40.96, 17. 2. 20	
„ abgst. 100 Kr.	14.98	15.02	14.48	14.52	39.75,10. 11. 19	
Prag 100 Kr	81.90	82.10	81.95	82.15	100.85, 4. 3. 20	
Budapest 100 Kr.	15.28	15.32	15.33	15.37	—.—	—

Von den Börsen

† **Essen**, 14. März (Eig. Drahtbericht)

Steinkohle	Nachfr.	Angeb.
Adler	34000	35500
Alte Haase	12000	12500
Blankenburg	16500	18000
Caroline	20000	22000
Carolus Magnus	25750	26750
Constantin der Große	220000	230000
Ewald	178000	183000
Fröhl. Morgensonne	—	69000
Gottessegen	20000	21000
Graf Bismarck	170000	173000
Graf Schwerin	87000	89500
Heinrich	26600	28000
Helene & Amalie	125000	129000
Johann Deimelsberg	33000	34500
König Ludwig	173000	182000
Langenbrahm	44000	46000
Lothringen	260000	—
Braunkohle		
Bruckdorf-Nietleben	34750	36000
Bernhardshall	—	—
Orange	—	—
Kali		
Alexanderhall	62000	65000

	Nachfr.	Angeb.
Beienrode	900	—
Burbach	62500	65000
Carlsfund	22000	—
Desdemona	24500	26000
Glückauf b.Sondershausen	64000	67000
Hohenfels	33500	35000
Johannashall	14500	15500
Kaiseroda	—	62000
Neustaßfurt	67500	70000
Siegfried I	19000	19500
Walbeck	22000	24000
Wilhelmshall	27500	28000
Wintershall	250000	—
Aktien-Gesellsch.		
Deutsche Kali-Aktien	—	—
Brauhaus Essen	120	—
Aktienbrauerei Essen	—	—
Glas- und Spiegel-Man.	925	—
Goldschmidt	785	—
Styrumer Eisen	—	—
Uerdinger Waggon	350	355

Köln, 15. März. (Eig. Drahtber.)
im Frühverkehr wurden gehandelt

	14. 3.	15. 3.		14. 3.	15. 3.
Engländer	243—246	244—246½	Schweiz	1045—1065	1055—1080
Franzosen	440—447	434—442	Amerikaner	62—63	62.25—63.50
Belgier	460—467	455—462	Rumänen	—	—
Holländer	2140—2160	2155—2180	Italiener	—	—

Börsenstimmungsbild

bmz. **Berlin**, 15. März. (Drahtbericht von unserem Berliner Börsenvertreter.) Die Börse eröffnete zunächst in fester Haltung, erfuhr aber gleich darauf eine Abschwächung, als die neue Forderung der Entente auf 20 Milliarden Goldmark bis zum 1. Mai bekannt wurde. Am Montanmarkt hatten anfänglich Deutsch-Luxemburg, Gelsenkirchen und Phönix sowie auf günstigen Abschluß hin Thale auf leicht erhöhter Basis eingesetzt; auch einige oberschlesische Werte, namentlich Kattowitz und Oberbedarf, hatten ihre Aufwärtsbewegung weiter fortgesetzt, doch gingen die Kursgewinne zum größten Teil wieder verloren. Schwächer lagen Harpener, Laurahütte, Mannesmann und Rheinstahl sowie späterhin auch Phönix. Der Markt der Schiffahrtswerte war verkehrslos und neigte gleichfalls zur Schwäche. Am Markt der chemischen Werte erfuhren Elberfelder Farben eine kleine Abschwächung, und Goldschmidt gingen um 10 v. H. zurück. Unter den Elektrowerten waren Deutsch-Ueberssee 15 v. H. fester, ferner zeigte sich Kauflust für Elektrische Unternehmungen und Sachsenwerk. Unter den Metall- und Maschinenwerten gingen Orenstein nach anfänglicher Festigkeit später zurück, auch Dynamit und Deutsche Waffen wurden niedriger angeboten. Kaliwerte lagen matt, besonders Westeregeln, die 20 v. H. verloren. Petroleumwerte waren wenig verändert, Deutsche Petroleum 712, Deutsche Erdöl 950. Von Kolonial- und Valutawerten ermatteten Otavi weiter auf die ungünstigen Auslassungen über die Lage. Von ausländischen Eisenbahnwerten schwächten sich hauptsächlich Baltimore ab. Die Börse wurde später sehr still bei vorwiegend schwächerer Allgemeinstimmung, nur der Einheitsmarkt zeigte sich noch behauptet. Am Geldmarkt waren ausländische Zahlungsmittel niedriger angeboten: Dollar 61½, Polen 7,60, Rumänen 74, holländische Gulden 2175, englische Pfundnoten 247, Franken 448; tägliches Geld: 4¼ v. H.

Berliner Produktenbörse

bmz. **Berlin**, 15. März. (Eig. Drahtb.)

Die Stimmung für Mais war wiederum schwach, aus Nordamerika lagen matte Berichte vor. Von den an der Küste eintreffenden Ladungen ist der größte Teil noch unverkauft. Das starke Angebot von Regierungsbezugscheinen wirkte auf das Geschäft drückend. Nur für greifbare Ware bestand vereinzelte Nachfrage. Für Rauhfutter wurden geringfügige Anschaffungen gemacht. Für Saatlupinen und Seradella bestand kleines Interesse. Plata-Mais nichtamtlich per März 139, April 133.

Frankfurter Mittagsbörse

ep. **Frankfurt**, 15. März. (Eig. Drahtb.)

Die heutige Börse war äußerst mäßig befestigt vor allen Dingen scheinbar auf die günstige Beurteilung der oberschlesischen Frage, die nach den Ausführungen Lloyd Georges gelegentlich der letzten Aussprache der Londoner Konferenz einen Kernpunkt der Reparationspolitik bildet und damit als eines der Kompensationsobjekte gewertet zu werden scheint. Man hofft mit einer günstigen Regelung dieser Frage die gesamte Wiederherstellungsfrage, die durch den Abbruch der Londoner Konferenz als nur vertagt betrachtet wird, auf neue Bahnen zu bringen. Auf dem Devisenmarkt war es ziemlich ruhig bei großer Zurückhaltung der Spekulation. Einzelne Auszahlungsgattungen, vor allem Neuyork 63½, neigten zwar nach oben, auch Schweiz 1065 und Holland 2165, leicht anziehend, London und Paris (436 Brief) stärker angeboten, besonders eventuell wegen der Unsicherheit über die Verwertungsmöglichkeit der Pariser und Londoner Rimessen. Auslandswerte mäßig befestigt, Goldmexikaner 685 plus 6½. Auf dem deutschen Aktienmarkt sind Montanwerte höher gefragt, doch sind die Kursveränderungen nicht mehr so groß wie gestern: Karo 310 plus 1, Laurahütte 380 plus 5, Oberbedarf weiter stark gekauft, 322 plus 5. Auch westdeutsche Werte waren vereinzelt höher. Mannesmann 577 plus 6 und Phönix 593 plus 13. Der Abschluß des Kaufes der Alpinen Montan-Gesellschaft, der jetzt als perfekt erscheint, wirkt anscheinend anregend, da er von dem Weiterleben und Wirken der Vertrustungs-Tendenz zeugt. Auf dem Farbwertmarkt war keine Veränderung bemerkbar.

Geld- und Wechselkurse

Stillstand auf dem rheinisch-westfälischen Devisenmarkt

er. **Düsseldorf**, 15. März. (Eig. Drahtb.)

Seit einigen Tagen stockt der Handel in ausländischen Zahlungsmitteln fast vollständig. Die Kurse sind infolge Mangels an Angebot und Nachfrage rein nomineller Natur. Die deutsche Mark wird heute früh aus Neuyork mit 1,58¾ gekabelt gegen 1,60—1,61 gestern nachmittag. In Westdeutschland notierten heute vormittag: Holland 2150—2160, Frankreich 443—446, Belgien 463—466, England 243—245, Schweiz 1053 bis 1063, Italien 230—23., Neuyork 62¼—63.

Amtliche Züricher Devisenkurse

ep **Zürich**, 15. März. (Eig. Drahtbericht).

	14. 3.	15. 3.		14. 3.	15. 3.
Holland	203.25-204.00	202.50—03.25	Italien	21.75—21.90	21.60—21.75
Deutschland	9.45—9.55	9.30—9.45	Brüssel	43.70—44.20	42.50—43.45
Wien	1.35—1.45	1.35—1.45	Budapest	1.40—1.50	1.40—1.50
Prag	7.70—7.90	7.80—7.90	Neuyork	5.91—5.93	5.89—5.91
Paris	41.65—41.80	40.50—41.00	Bukarest	7.90—8.20	8.00—8.20
London	23.07—23.11	22.96—23.01	Madrid	82.00—83.00	81.75—82.50

Wien	10. 3.	11 3.
Berlin	1198.50	1170.00
Amsterdam	259.50	247.00
Zürich	128.25	121.25
Kopenhagen	136.75	128.25
Stockholm	53.50	51.30
Christiania	—.—	28.50
London	29.20	28.15
Marknoten	1195.50	1169.00
Prag	11 3.	12. 3.
Berlin	120.75	121.75
Marknote	120.75	121 75
Wien	9.85	10.05
Kopenhagen	12. 3.	14. 3.
Stockholm	131.00	131.00
Christiania	95.00	95.00
Hamburg	9.50	9.50
London	22.65	22.65
Paris	41.50	41.50
Antwerpen	43.50	43.50
Schweiz	98.80	98.50
Amsterdam	200.00